

Berliner Tageblatt

Nr. 85

und Handels-Zeitung

Freitag, 19. Februar 1926

Herausgeber Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Unturbelung der deutschen Wirtschaft.

Rede Dr. Luthers im Haushaltsausschuß.

Entscheidung auf normale Staats- und Wirtschaftsverhältnisse.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags wurde heute der dem Vorst. des Abg. Heilmann (Soz.) in die allgemeine Sprache über die gestrigen Regierungserklärungen eingeleitet. Der Reichstags- und Reichsfinanzminister wohnten den Verhandlungen bei.

Abg. Dr. Luthers (Soz.) bezieht sich vor, auf Einzelheiten der letzten Finanzministerrede beim Reichstagsfinanzminister. Der Vorst. der gestrigen Ministerrede habe anders geäußert als der seiner Rede im Plenum. Wenn tatsächlich der Staat angepöbelt sei, daß keine Mehrausgabe möglich ist, dann müßte ein Steuererhebungsprogramm der Regierung noch kritischer gesehen werden als vorher. Die Steuerlasten seien in Deutschland ganz ungleich verteilt. Die kleineren und mittleren Unternehmen leiden viel mehr darunter als die großen. Die Großlandwirtschaft ist von diesen Lasten fast ganz frei. Einer Senkung der Besteuerungen können wir nicht zustimmen. Die Senkung der Umsatzsteuer könnte die von ihr erhoffte wirtschaftsfördernde Wirkung nur haben, wenn damit entsprechende Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik verbunden. Der Wirtschaftsminister hat aber kein befriedigendes Programm für uns vorbringen können. Die jetzige Wirtschaftskrise beruht auf Mangel an Nachfrage infolge der mangelnden Kaufkraft der deutschen Bevölkerung. Die Zoll- und Steuerpolitik der früheren Regierung hat die Kaufkraft der breiten Masse tief herabgesetzt. Die Unterbindung der Gewerbesteuer ist eine unproduktive Ausgabe, denn sie will das wertvollste Gut der deutschen Wirtschaft, die Arbeitskraft, erhalten.

Abg. Herzt (Deutschnat. Vp.): Die gestrigen Reden des Reichstags und des Finanzministers geben uns zu einer bestimmten Stellungnahme heute noch keine Veranlassung und Möglichkeit. Für die Wirtschaft ist es heute noch nicht möglich, eine Partei wird von dem Appell entziehen, daß eine Volksgemeinschaft zur Behebung gegenwärtiger Wirtschaftskrise gebildet werden soll. Wir verstehen aber irgendeinen greifbaren Plan in den Ministerreden. In der Rede des Finanzministers sehen wir einen Mangel an klaren Maßregeln, an einem Zusammenfassung zwischen einmaligen und wiederholenden Ausgaben. Von Ueberflüssen kann man nicht reden. Im 1927 lassen sich heute noch keine zuverlässigen Schätzungen machen. Der Reichsfinanzminister zeigt in dieser Beziehung einen großen Optimismus, er scheint ganz die Möglichkeit zu übersehen, auch neue Ausgaben entstehen können. Wie denkt sich der Minister denn Lösung? Welche neuen Steuern will er dann zur Deckung des Defizits einführen?

Reichstagsminister Dr. Luthers: Gegen die Regierung ist der Vorwurf der Planlosigkeit erhoben worden. Das Programm der Regierung wird aber ganz fest bestimmt durch die Überzeugung, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo eine grundsätzliche neue Stellung zu unserer Steuerpolitik einnehmen können und müssen als im Herbst 1923. Damals war das große Vorhaben unserer Finanzpolitik: Rettung und Schutz der Währung! In einer Lage, in der wir nicht wußten, wie die öffentlichen Ausgaben ohne Gefährdung der Währung anders gedeckt werden konnten, wußten wir zu jenen, die Wirtschaft schwer treffen und Substanz zu vernichten. Erst die Einführung der Geldwährung, die allerdings auch jetzt noch nicht die freie Marktwirtschaft umschließt, das Einkommen auslandischer Anleihen konnte unserer Steuerpolitik allmählich andere Bahnen weihen. Sofort noch dem

Abschluß des Londoner Abkommens hat ein planmäßiger Ausbau der Umsatzsteuer von damals 2 1/2 Prozent begonnen, der bisher in drei Stufen erfolgt ist. Nachdem jetzt nicht nur die Währung gestützt ist und Auslandsanleihen hineingekommen sind, sondern auch der große Prozeß der Reinigung der Wirtschaft von finanziellen Exzessen weit vorgeschritten ist, nicht ohne schwere und schmerzliche Opfer, muß jetzt an Stelle der Währung als Vorzeichen unserer Politik die Wirtschaft treten.

Das ist aber kein Abbrechen, sondern nur eine Fortsetzung der bisherigen Linie, angesichts der besonderen Verhältnisse, unter denen wir jetzt leben. Es gibt jetzt nach Ansicht der Reichsregierung überhaupt keine andere Wahl als sich auf den Boden zu stellen, daß wir den im Grunde gesunden Teil der Wirtschaft mit allen Kräften wieder aufbauen müssen. Unter dem Vorzeichen der Wirtschaft müssen wir mit dem Glauben an die Entwicklung der Dinge die Arbeit aufnehmen. Damit die Wirtschaft sich erholen kann, wollen wir ihr von den öffentlichen Lasten so viel wie möglich abnehmen. Die Vorst. dabei darf nicht so weit gehen, daß dadurch die Antriebskräfte für die Wirtschaft beeinträchtigt werden. Ich gehe an die Sache mit der Vorstellung heran, daß die Erholung unserer Wirtschaft die Steuerentlastung bedingte, die jetzt eintreten kann. Das ist das Kernstück des Programms der Regierung, über das wir uns mit dem Reichstag verständigen wollen.

Es handelt sich nicht nur um Steuererhebungen, sondern auch um den Einkommensteuern, die Ausgaben des außerordentlichen Staats an Anleihen zu bewahren. Auch das ist ein Wagnis, das wir nur unternehmen, weil wir uns auf den Glauben an eine Erholung der Wirtschaft stellen. Wir wagen es, uns wieder auf normale Staats- und Wirtschaftsverhältnisse einzustellen. Die Behauptung, daß das für die jetzigen Verhältnisse kein Wirtschaftsprogramm sei, kann ich nicht verstehen. Dazu kommt, daß wir in möglichem Umfang versuchen, die Wirtschaft anzukurbeln. Wir werden das besonders da tun, wo — wie bei der Eisenbahn — zwingende äußerliche, nicht wirtschaftlichen, sondern politischen Gründen entsprechende Hemmungen bestehen.

Die Preisentwertung hat tatsächlich Erfolg gehabt. Sie hat anfangs sehr darunter gelitten, daß vielfach im politischen Leben unsere Arbeit nach dieser Richtung als nicht ernst bezeichnet worden ist, daß man dem Publikum sagte, eine ernsthafte Preisentwertung komme gar nicht in Frage.

Der Kaiser nannte Zahlen, die das ununterbrochene Vorwärtsschreiten der Preisentwertung seit dem vorigen Sommer darstellten, schilderte die weitestgehenden Maßnahmen, die gegen die Inflation des Kartellwesens ergriffen worden sind und welche weiter ergriffen werden, und ging schließlich noch auf die Bedeutung der gesamten Geldschöpfung des vorigen Sommers ein. Er wies darauf hin, daß eine allmähliche Umstellung der Wirtschaft auf normale Verhältnisse überhaupt erst wieder möglich gewesen sei, nachdem für die Regelung der Aufwertungsfrage die gesetzliche Grundlage gelegt worden und nachdem ein festes Steuerrecht wieder geschaffen worden sei. Der Kaiser legte endlich dar, daß die Zollgesetzgebung des vorigen Sommers, die in ihrer Art durch die Schicksale der Entwicklung im übrigen Europa notwendig geworden sei, überhaupt erst die Grundlage zum Abschluß von Handelsverträgen gegeben habe, wobei es sich im Ziel darum handele, neben der selbstverständlichen aber auch wichtigen Kräftigung des inneren Marktes durch möglichst leichtes Warenverkehr in Europa und der Welt, das gesamte Wirtschaftsleben zu fördern.

Präsident der gemischten Kommission widmet der Sache die dem Ernst der Lage entsprechende Aufmerksamkeit.

Internationale Paktkonferenz in Genf.

Einladung an Deutschland ergangen.

Auf Einladung des Völkerbundes wird am 12. Mai in Genf eine internationale Paktkonferenz zusammentreten, zu der Deutschland ebenso wie zur Weltwirtschafts- und Abrüstungskonferenz eingeladen ist. Nach dem Urteil der wichtigsten politischen Autoritäten ist die Behinderung des internationalen Polizeiverkehrs, wie sie sich während des Krieges und in der Nachkriegszeit entwickelt hat, bis auf den Schutz des Arbeitsmarktes, Verlust und zu einer rein fiskalischen Nahrungsmittelangelegenheit geworden. Die internationale Paktkonferenz soll Bestimmungen über die Gültigkeitsdauer des Paktes, über Kosten der Paktanfertigung, über Gültigkeit und Kosten der Paktanfertigung, über Gültigkeit und Kosten der Paktanfertigung aufstellen. Wie bekannt, ist die deutsche Regierung seit geraumer Zeit und mit teilweise Erfolg bemüht, die Grenzschranken mit den wichtigsten Nachbarländern abzubauen.

Die Wirren in China.

Angriffe auf amerikanische Missionare.

(Meldung der Funktionäre Rudolf Wolff-Haus.)

Washington, 19. Februar. Das Staatsdepartement erhielt die Nachricht, daß 81 amerikanische lutherische und katholische Missionare mit ihren Familien in Sünjan in Honan von Truppen der sich bekämpfenden Parteilager belagert werden. Das Konsulat der Vereinigten Staaten hat bereits Hilfe erlangt. Der Missionar Nelson aus Kin'apolis ist bereits von chinesischen Truppen getötet worden.

London, 19. Februar.

„Daily Telegraph“ berichtet aus Peking: Das chinesische auswärtige Amt erklärt, daß es die Indochina berührenden Verträge zwischen Frankreich und Japan nicht anerkenne. Diese Aktion wirft die Frage auf, inwieweit die derzeitige vorläufige chinesische Regierung an Teile Chinas vertritt als die Provinz Peking.

An den deutschen Adel.

Von (Nachdruck verboten.)

Adam v. Moltke.

Der Verfasser des hier folgenden Artikels ist ein Sohn des früheren Generalstabchefs Helmuth v. Moltke. Die Redaktion.

Rochus v. Rheinbaben hat im Verlag von Georg Stilke (Berlin) ein Buch erscheinen lassen, das den Titel „An den deutschen Adel, politische Betrachtungen zur Zeitgeschichte“ trägt und schon neulich in einem Monatsheft des „Berliner Tageblatts“ erwähnt wurde. Rheinbaben hat mit diesem Buch ein gewagtes, aber mutiges Wort gesprochen, daß ihm sicherlich von einem großen Teil seiner Standesgenossen verargt wird. Er stellt sich ganz auf den Standpunkt der Stresemannschen Politik, gegen die Politik der deutschen nationalen und völkischen Kreise, denen der größte Teil des deutschen Adels angehört. Was man politisch auf diesem oder jenem Standpunkt stehen — alle, die mit einem adeligen Namen die Tradition einer ruhmvollen Geschichte tragen, sollten es freudig begrüßen, daß einer aus ihrer Mitte aufsteht, um sie aus dem schwerfälligen Hatten an der überlieferten Form zu praktischem Denken und Handeln aufzurufen. Mit kräftigen, für viele allzu kräftigen Worten will Rheinbaben den Adel aus der Lethargie einer formverharteten Gewohnheitsanhaftung für die Erfordernisse der Gegenwart und Zukunft lebendig machen. „Stellt euch nicht groß und beiseite und schaut nicht immerzu sehnüchlich nach einer unwiederbringlich vergangenen Zeit, sondern stellt euch in die Gegenwart, wie sie ist!“

Die Geschichte geht stufenweise vorwärts, und der Schritt zur nächsten Stufe kann nur von der aus erfolgen, auf der wir stehen, und nicht von einer, auf der wir gestern standen. Das Unglück der politischen Zersplittertheit, an der wir Deutschen von jeher gelitten haben und auch heute leiden, liegt zum großen Teil daran, daß wir uns gegenseitig nicht kennen und nicht kennen lernen wollen. Wir sind noch zu sehr behaftet mit der ganzen Fülle der Vorurteile, welche die Menschengruppen voneinander trennen, und sind zu leicht geneigt, eine andere Weltauffassung, sei es aus politischem, religiösem oder gesellschaftlichem Gebiet, mit den grundlegenden Charaktereigenschaften, die für den Verkehr unter gebildeten Menschen einzig maßgebend sein sollten, zu verwechseln. Gewiß soll man für seine Überzeugung einsehen und eventuell kämpfen, doch, wie überall, kommt es auch hier auf das Wie an. Ist es würdig, einem anderen die Ehre streitig zu machen, ohne ihn zu kennen, nur weil er eine andere Auffassung von Welt oder Gesellschaft hat? Ist es für einen Menschen, der das Recht der Bildung und Anerkennung für sich in Anspruch nimmt, würdig, einen anderen lediglich deshalb als nicht gleichwertig zu betrachten, weil er Demokrat oder Sozialdemokrat, oder weil er Jude ist? Wie oft konnte man erleben, daß diese oder jene Standesgenossen aus reiner Unkenntnis heraus in ehrabschneidender Weise von einem Manne sprachen, der mit Leben und Liebe, voll und ganz dem Vaterlande, gemäß seiner Weltanschauung, diente! Nachdem er ihn kennen gelernt hatte, mußte er eingestehen, daß er sein voreiliges Urteil forriert habe. Wir müssen uns frei machen von der Diktatur der Gruppenauffassung und uns endlich zu dem entwickeln, was den Menschen erhöht, zum Ego mit eigenem Urteil und eigenem Willen. Die ersten Qualitäten hierzu sollten dem Adel innewohnen, der mit seinen edlen Traditionen das Gefühl für Wahrheit, Mut und vornehme Gesinnung am stärksten entwickelt haben mußte.

Die Geschichte zum Stillstand zu bringen, wird dem Adel nicht gelingen, wenn er sich auch mit aller Kraft an ihre fortwährenden Räder hängt. Rheinbaben ruft den Adel auf, die lebendigen Werte seiner Tradition der Volksgemeinschaft unter den Bedingungen der Gegenwart mitarbeitend zur Verfügung zu stellen. Haben wir nicht ein verehrungswürdiges Beispiel hierfür in dem greisen Feldmarschall v. Hindenburg? Gibt es einen treueren, edleren Charakter? Wer wird es wagen, die reine Gesinnung dieses Mannes anzuzweifeln, der seinem Kaiser und König bis zum letzten Augenblick diente, und der jetzt mit gleicher Treue seinem Volke dient? Seine Vaterlandsliebe ist zu hoch und wahr, als daß sie durch den Wechsel der Form verschüttet werden konnte.

Gewiß ist es verständlich, daß für den Adel das Fehlen des Herrschers ein schmerzlicher Verlust ist, aber gerade die Vaterlandsliebe, die Liebe zum Volk, dessen Glieder wir ja alle sind, muß in der Gegenwart und für die Zukunft wirken. Die Regierungsform darf hierbei keine ausschlaggebende Rolle spielen. Regierungsformen haben immer gewechselt und werden immer wechseln. Das ewige Recht hat es auf Erden nie gegeben, und das ist gut, denn die Bewegungskraft müßte jede Entwicklung ersticken. Treue und Dank für die Taten der Geschichte brauchen darunter nicht zu leiden; und in den Nachkommen des Herrscherhauses die Vertreter dieses Andenkens zu ehren, ist für den Adel eine Pflicht des Anstandes. Die Aufgaben, die das deutsche Volk aber in der Weltentwicklung zu erfüllen hat, stehen viel zu hoch, als daß man sie mit bloßen Formfragen behindern dürfte, und so paradox es klingen mag, vielleicht sind Niederlage und Leiden notwendig gewesen, um Deutschland zum Schrittmacher neuer Kultur- und Staatswege zu machen, die in den Zerstörungsercheinungen unserer Zeit erst umfär zu sehen sind.

Rheinbaben weist in seinem Buche darauf hin, wie die Geistesherzen aus dem Kreise des Adels, die dem Vaterlande

Völkerbunds Erklärung Stresemanns.

Die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands.

Heute die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, der heute vormittag die Frage der Völkerbundsdeklaration behandelte, wurde folgender offizieller Bericht ausgearbeitet: Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann berichtete über den Stand der derzeitigen Verhandlungen, die sich auf die Verwirklichung der Ratside im Völkerbund beziehen. Hieran schloß sich eine Aussprache. Abgelehnt wurde ein kommunikativer Antrag, daß die Reichsregierung aufgefordert werden soll, das Eintrittsgeld in den Völkerbund zurückzugeben. Für den kommunikativen Antrag stimmten neun Mitglieder des Ausschusses. Danach wurde durch den Vorsitzenden, Abg. Herzt (Deutschnat. Vp.) festgestellt, daß — unabhängig der grundsätzlichen Stellungnahme der einzelnen Parteien zum Völkerbund — von sämtlichen Parteien des Ausschusses, mit Ausnahme der Kommunisten und der Völkischen, die Auffassung vertreten sei, daß das Gesetz Deutschlands um die Aufnahme in den Völkerbund unter der Voraussetzung gestellt worden ist, daß entsprechend den gegenseitigen internationalen Verhandlungen und den dabei gegebenen Zusagen Deutschland bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat erhält, ohne daß dabei eine weitere Veränderung in der Zusammensetzung des Rates eintritt.

Wie wir weiter zu den Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuss erfahren, wurden Personenzagen wegen der Vertretung im Völkerbund heute noch nicht erörtert.

Eingreifen der Gemischten Kommission?

Aus Anlaß der Deutschen-Verhaftungen in Ost-Oberschlesien.

Der Deutsche Reichs- und Staatsvertreter bei der gemischten Kommission für Oberschlesien hat dem Präsidenten des Londoner Gerichtes die gegen den Deutschen Völkischen in Oberschlesien gerichteten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen sowie die durch die polnische Presse in der deutschen Minderheit hervorgerufene große Beunruhigung zur Sprache gebracht. Der

durch ihre Kraft den Weg zu Ruhm und Blüte gewiesen haben, oft einen erbitterten Kampf gegen den formalistischen Geist ihrer Standesgenossen auszufechten hatten, und in ihrer Wirksamkeit von ihnen gehemmt wurden. Es seien nur die Namen Stein, Radowski, Bismarck und Noen erwähnt. Ein gesunder Konservatismus muß bestehen, aber seiner, der sich damit begnügt, überlebte Formen in alle Ewigkeit zu erhalten — sonst wird er zur Konterverse —, sondern einer, der die wechselnden Methoden der fortschreitenden Zeit mit den Qualitäten der altbewährten Tradition durchsetzt.

Uninteressant, kurzgefaßte Betrachtungen führt uns Rheinbaben durch die politischen Stappen, die wir auf dem Wege von Versailles bis Vercors gehen mußten, und deutet die Reime an, die in die Zukunft wachsen sollen.

Ohne einen weichen Pazifismus zu huldigen, soll man dahin streben, dem Frieden zu dienen, denn eine Entwicklung ist nur im Frieden, nie im Kriege möglich. So geht auch die schäbste Geschichte dahin, die in sich befriedigende Gebiete zu erweitern. Bekämpfen sich früher die Städte, dann die kleinen Staaten, so können sich heute nur noch die Großstaaten untereinander bekämpfen, und das Streben geht dahin, zu einem europäischen Staatenbunde zu kommen, bei dem es ebenso unmöglich ist, daß sich seine Glieder untereinander bekämpfen, wie es heute unmöglich ist, daß Bayern mit Preußen oder Neapel mit Sardinien Krieg führt. Das Zeitalter des Nationalismus ist zwar noch nicht vorüber, im Gegenteil, es greift mit mächtiger Faust von Europa aus selbst an die Herzen der Kolonien und rüttelt sie zum nationalen Aufstehen auf, und doch besteht schon lange das Streben zum Übernationalismus, der den Kontinent umfassen will. Napoleon hat dies schon angestrebt, allerdings mit Mitteln, die der Gewalt entnommen waren, und zu einer Zeit, die für diesen Gedanken noch nicht reif war. Aus den unmöglichen Grenzen, die nach verschiedensten Gesichtspunkten den zerstreuten europäischen Kontinent durchziehen, und aus den hieraus resultierenden Reibereien voller Saß und Argwohn, geht schon hervor, daß die sogenannten einheitlichen Staatsgrenzen nicht allen Erfordernissen gerecht werden können, und daß in der Staatsaufbauung Wandlungen nach politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten eintreten müssen. Wie man seinerzeit die Zollschranken und Grenzpfähle zwischen den Kleinstaaten fallenlassen mußte, weil ihre Beschränkungen unerträglich geworden waren, so wird man, vor allem auch durch den Fortschritt der Verkehrsmittel und des Verkehrstempo gezwungen, dazu übergehen müssen, unter Wahrung der nationalen Kulturverschiedenheiten, die Schranken der Staatsgrenzen in der heutigen Form zu verschaffen. Daß der Weltbündnis, wie er sich heute zusammenstellt, als ein Siegerbund zur Realisierung des Versailles Diktats, hierfür nicht das geeignete Organ ist, das ist selbst über die deutschen Grenzen hinaus vielen bewußt. Daß es aber andererseits zu einer überstaatlichen Organisation kommen wird, der sich die Staaten ebenso unterordnen werden, wie es heute die Länder unter das Reich tun, ist auch meiner Meinung nach in der Zukunft eine unausweichliche Notwendigkeit. Bis dies aber erreicht sein wird, ist noch ein weiter Weg voller Schwierigkeiten und Hindernisse, die aus den Leidenschaftlichkeiten eines überstimmten, imperialistischen Nationalismus stammen, zu überwinden. Die Haltung Italiens unter Mussolini's Facismus ist ein treffendes Beispiel hierfür.

Den Schlussworten von Rheinbaben's Buch „An den deutschen Adel“ fühle ich mich von ganzem Herzen an: „Großes schaffende Ideen sind noch immer stärker gewesen, als eine rückwärts schauende Opposition. Erkennt der Adel nicht, daß den Pflichten der Gegenwart, sich selbst und seiner Vergangenheit gegenüber nur gerecht werden kann, wenn er die Gedanken und Forderungen der Zukunft erfährt und sich zu ihrem Träger macht, so wird die Zeit über ihn hinweggehen und die Geschichte in ihm nichts anderes sehen können, als einen Hemmschuh in der Entwicklung des deutschen Volkes. Wer die Wege, welche die deutsche Politik eingeschlagen hat, nicht beschreiten mag, der halte sich nicht bei unfruchtbarer Kritik auf, sondern weise bessere Wege zu einer glücklicheren Zukunft.“ Doch nur der Rat hat Wert, dem die Tat folgen konnte.

Der Strafvertrag vom Unterhaus angenommen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 19. Februar.

Der Kolonialminister Amery eröffnete gestern Abend im Unterhaus die Debatte über den Vertrag, indem er das Parlament aufrief, den mit dem Vertrag abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen und damit die Entscheidung des Volksbundesrates in dem Vertragsgrenzgebiet endgültig anzunehmen. Der Premierminister, so führte Amery aus, habe bereits früher dem Unterhaus bewiesen, daß es sich bei der Annahme dieses neuen Vertrages keineswegs um eine Abkehr von der bisherigen Politik handle, oder daß neue Verpflichtungen von dem Unterhause übernommen werden könnten. Amery kam sodann auf den Abänderungsvorschlag der Opposition zu sprechen und erklärte, dieser bedeute nicht nur eine Verdamnung der Regierungspolitik, sondern auch der ihrer Vorgänger (Arbeiterpartei). Eine Abweisung des Vertrages durch das Parlament dürfte nicht nur eine Zurückweisung der Volksbundesentscheidung bedeuten, sondern auch die zukünftige Erstreckung des Vertrags damit in Frage stellen. Das würde England in den Augen des Volksbundes lächerlich machen und verachtendswürdig in den Augen der Türken und der Vertragsbedeuten, und würde schließlich auch noch die Aufgabe des Schutzes der britischen Christen bedrohen.

Ramsey MacDonald, der für die Opposition das Wort ergriff, wandte sich direkt an Amery und sagte, er wisse doch sehr wohl, daß wenn es im Vertrag zu einem Aufstande oder mit einem der Nachbarn zu einem Kriege kommen sollte, sich sofort in ganz England der alte Schrei erheben würde, daß ein so großes Volk wie das englische seinen Verpflichtungen nachkommen müsse, und daß also infolgedessen rein praktisch die Wirkung dieselbe sei, als wenn England den Vertrag ablehnt hätte.

Am Schluss der Debatte ergriff Chamberlain das Wort, um auf die Einwände MacDonalds zu antworten. Den Schluss seiner Rede bildeten optimistische Äußerungen über die zukünftige Entwicklung des Vertrags. Es läge sein Grund vor, anzunehmen, daß die Türkei diese Entscheidung nicht annehmen werde, zumal sie bereits versprochen habe, es zu tun. Es seien bereits zwischen dem türkischen Gesandten in London und dem englischen Gesandten in der Türkei Verhandlungen über noch ausstehende Fragen im Gange, die den ausdrücklichen Wunsch beider Parteien nach einem freundschaftlichen Uebereinkommen bewiesen. Was das englische Interesse an dem Petroleumkonflikt anbelangte, so könne er mitteilen, daß die gegenwärtige Regierung nicht mehr daran interessiert sei als ihre Vorgänger. Noch im vorigen Jahre habe die englische Regierung die Anregung der Türkei abgelehnt, das gesamte Petroleumgebiet zur Ausübung zu nehmen und dafür der Türkei das Mosulölfeld zu überlassen.

Mit 216 gegen 115 Stimmen wurde dann der neue Strafvertrag angenommen, und damit wurde der Zusatzartikel der Arbeiterpartei, der sich gegen jede Verlängerung des Vertrages aussprach und dafür die Regierung aufforderte, seine Anforderungen zu scheuen, um die Aufnahme des Vertrags in den Volksbundes durchzuführen, abgelehnt. Es ist auffallend bei dieser Abstimmung, daß eine so verhältnismäßig kleine Zahl von Abgeordneten gegen die Ratifizierung des Vertrages stimmte, und daß also trotz des energischen Kampfes der Millionenblätter der Reformers und Arbeiterpartei gegen jede neue Verpflichtung Englands im Vertrag nur die Arbeiterpartei gegen die Ratifizierung stimmte. Die Debatte konnte schließlich kaum interessant werden, da bereits in den vergangenen Monaten alles gesagt worden ist, was zu sagen war.

London, 19. Februar. (M. L. B.)

Neuer berichtet aus Konstantinopel: Ueber die Vorgesprächen zwischen dem Oberkommissar in Syrien de Jouvenel und der türkischen Regierung in Angora ist offiziell nichts mitgeteilt worden, von der lateinischen Versicherung abgesehen, daß alles gut gehe.

Sie ist aber eine so routinierte Sängerin und weiß ihre Szenen mit dem Feinsinn und Dimitri darstellend so pädagogisch zu gestalten, daß man fast vergißt, daß sie die musikalisch schwächsten sind und einen Auszug älterer Operndramatik geben. Theodor Scheib repräsentiert den Gubanow insofern und singt ihn mit großer Vornehmheit; schauspielerisch reicht er in dieser Rolle nicht an die einflussvolle Leistung Schjerve's nicht heran. Jara Dworoff als Dimitri begann hervorragend gut, reichte dann aber im Duett des zweiten Aktes allmählich nicht ganz aus. Von den übrigen sind Karl Braun ein klar artikulierender Chronist, Marcel Rös als gut charakterisierender Schmitt, Max Spidler als Jesuit, Otto Helgers als Bettelmann, Frau v. Scheele-Müller als Amme und Genia Gulewicz in der Rolle der in der Knebelnadel des Jarewitsch zu nennen. Grete Wande (Wirtin) übertrieb im Spiel, und Eva Goldbach (Kenia) ließ es zu sehr an stetiger Umgebung fehlen.

Der Beifall rief alle an der Aufführung Beteiligten oftmals in die Ränge. Trotz Ungleichwertigkeit und musikalischer Stilverschiedenheit der Szenen und trotz seiner Längen und der für deutsche Ohren unermesslichen Monotonie seines nationalen Kolorits scheint „Boris Gubanow“ für das heutige Publikum eine (durch die Verhältnisse der zeitgenössischen Produktion erklärliche) Anziehungskraft zu besitzen. So wird er sich wohl vorläufig auf dem Spielplan der Staatsoper erhalten.

Chaplins „Goldrausch“.

Capitol.

Auf einem schmalen Weg hoch im Schneeegebirge von Alaska, über einer unermesslichen Tiefe, erscheint stolpernd, ausgeteilt, balancierend der friedfertige Charlie Chaplin, zitiert sich mit steifem Gut, mit dem Schwurwort, mit dem Stöhnen. Wie er sich vorwärts bewegt, verfolgt ihn unablässig ein riesiger, dunkler Bar. Chaplin merkt etwas, steht sich auf, doch inzwischen ist der Bar des Schicksals in einer Höhe verschwunden. Dies die Eingangssequenz zu dem tragisch-pessimistischen Filmwerk „Goldrausch“, an dem nichts so tragisch ist wie die Pessimistik, und dessen harmonisches Ende nicht mehr ist als eine Ironie des Schicksals. Wenn auch zuweilen durch komische Umstände gemildert, manchmal auch durch die noch verschärft, sind die Hauptrollen: Schmelztanne, Hungerqualen, Angst vor der Wähe, dem Meier, dem Beif des Nächsten; Verlust des Erwerbsvermögens, unglückliche Liebe, vergebliches Warten, zufällig bereitete Begegnungen, Prügel, Verpöschung, Trennung — bis zum furchterregenden Hängen und Rutschen einer Hütte am Abgrund. Danach geht es dem Schicksal, die Sonne scheinen zu lassen. Was man vergeblich ersuchte, was man umwarb, was man verlor, am Schluss stellt es sich zufällig ein: Glück und Gedächtnis und Liebe.

Einem türkischen Wort zufolge, ist eine Vereinbarung über die Hauptpunkte erzielt worden. Die Türken sollen die Eisenbahnstation von Behas und einige benachbarte Dörfer sowie sieben Dörfer in der Nachbarschaft von Adana erhalten, die von dieser Station abhängig sind, bisher jedoch durch die vorläufige Grenze von ihr getrennt gewesen waren.

Arrest auf das Gothaer Herzogsvermögen. Der verschwundene Silberfisch. — Immer noch Adelsprädikat gegen Bezahlung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Weimar, 19. Februar.

Mit dem Gothaer Silberfisch beschäftigt sich gestern die Thüringische Landtag bei der Beantwortung einer kommunikativen Anfrage. Ein kommunikativer Redner rügte die Auslieferung des gesamten Vermögens an den ehemaligen Herzog alsbald nach der Kammer des viel umfrittenen Reichsgerichtsurteils. Die Regierung habe nicht einmal Vermögensverzeichnisse aufgestellt. So seien der wertvolle Silberfisch und andere Kunstschätze bereits zum großen Teil aus dem Schloß Friedenstein verschwunden. Finanzminister Dr. v. Klüchhohn verteidigte seine Ausführungen im Reichsgericht als notwendig, dort nicht die Interessen des Landes, sondern diejenigen der ehemaligen Fürsten wahrzunehmen zu haben. Der Minister betonte, daß Thüringen ausdrücklich für einen Schiedsgerichtshof eingetreten sei, der nicht gebunden sein darf an das Strafrecht, sondern nur urteilen könne nach Billigkeit und Rechtmäßigkeit. Es sei auch richtig, daß ein Teil des Gothaer Silberfischs bereits aus Thüringen weggeschafft sei. Auf Antrag der Regierung von der Vermögensverwaltung des Herzogs mitgeteilt worden, man habe das Silber nach Koblenz haben wollen zur Nachprüfung! Die Ermittlungen seien aber noch nicht abgeschlossen und von ihrem Ergebnis hänge es ab, ob von der gefälligen Möglichkeit Gebrauch zu machen sei, zur Sicherung des Interesses des Landes einen Pfleger für die Verwaltung des Gothaer Herzogsvermögens einzusetzen. Die Kommunisten wiesen darauf hin, daß der Herzog noch nach seiner Abdonation in zwei Fällen das Adelsprädikat gegen Zahlung von je 40 000 Mark und noch in den letzten Jahren Orden verliehen habe. Der Finanzminister erklärte, der Regierung sei von diesen Dingen amtlich nichts bekannt geworden; im übrigen sei es auch gleichgültig, ob und inwieweit der frühere Herzog noch seine Hausorden verleihe. Abgeordneter Frölich (Soz.) machte die von Finanzminister mit fahrlässiger innerer Erregung und Kopfwehellen beauftragte Feststellung, daß der Reichsgerichtspräsident Dr. Oberling noch vorgetreten ausdrücklich erklärt habe, der Finanzminister v. Klüchhohn habe selbst die Vereinnahmung des Vermögens mit dem Altonaer Herzog, dessen Rechtsvertreter befandlich Dr. Everling man aufgeführt. Auch der Abgeordnete Professor Dr. Eriger (Dem.) machte dem Finanzminister den Vorwurf, daß er in der Färstenabfindungssache eine Stellung eingenommen habe, die sich mit den Interessen des Landes nicht voll vereinbare. Schließlich wurde ein von den Sozialdemokraten eingebrachter Antrag, auf das Gothaer Herzogsvermögen Arrest zu legen, dem Ausschuss überwiesen.

Das Strafverfahren gegen Jidor Kreil.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

D. Augsburg, 19. Februar.

Der wegen Anverbietung des Meines im Magdeburger Prozeß, von der Augsburger Staatsanwaltschaft beschuldigt geladene Jidor Kreil, der kürzlich in Seilbrom (Württemberg) verhaftet und nach Augsburg gebracht worden war, wird sich nunmehr am 3. März vor dem erweiterten Augsburger Schöffengericht zu verantworten haben. Zu dem auffeuererregenden Prozeß, der vorläufig drei Tage in Anspruch nehmen wird, sind ungefähr hundert Zeugen geladen. Kreil hatte sich bekanntlich dem Verteidiger wegen Verleitung des Reichspräsidenten angeklagten Redakteurs Rothart als Zeuge für den angeblichen Randserrat übergeben.

Das poetische Verlangen nach Anarchie, der Grund aller Poesie, findet hier eine andere Verwirklichung, als gemeint war. Hier ist die wirkliche Weltanarchie losgelassen, vor der mandem das Leben vergeht. Was für großartige Traumbilder enthält dieser Film! Wenn die zwei Kreile um ein Gewehr ringen, dessen Lauf immer auf den nächsten, sich wendenden Chaplin gerichtet bleibt! Oder die grausige Wähe, bei der die Halbvergessenen die Seele und das Oberleben eines alten Diebels miteinander teilen und nun das Ungenießbare in gewohnter Manier sich trefflich schmecken lassen. Oder in der Liebesgeschichte: der Tanz mit dem ersten Mädchen und das Kutschen von Chaplins Hofe, das Silberfest in der Goldgräberbar und die vergessene Verabredung; die launische Zuneigung des Mädchens; und dann doch der siegreiche Abstieg — das Schwanen- und Schmetterling der Fäulnis in allem; etwas aus den Erzählungen Hoffmanns spiegle sich hier zum und märchenhaft wieder, mit aller unerschöpflichen Tiefe und Gefahr, neben spießigen Graulandeten von Wilhelm Busch.

In dieser Liebesgeschichte, wie sich die Zärtlichkeit gegen Feinde, Schläge, Zufälle, Vergesslichkeiten, können endlich doch durchgeht, freilich auch nur, um von der begehrten, endlich umarmten Frau im nächsten Augenblick fortgerissen zu werden, liegen ironische Schopenhauer von wunderbarer Jüngigkeit. Wie das Mädchen aussteigt, sich bewegt, die farblos-ideale Schönheit im schillernden Tansfeld des Labarins, wie sie seine Liebe erweckt, um einen anderen zu ergern, wie sie tanzen, wie sie Schneefälle wirft, die immer seine Augen treffen, wie sie von seiner Liebe gerührt wird, wie sie ihn aber doch vergißt und am Silberfest vergißt, wie sie sich suchen und verkehren, wie er beim Abschied sie zu fassen magt — diese wärmere Enfsame inmitten einer eiligen und wästen und trübsigen Welt ist von einer herbeiziehenden und tiefen Poesie.

Und in allem ist Charlie Chaplin inaffektiver als früher, leidvoller, tiefer. Nicht mehr der David, der den Goliath besiegt, sondern die einzelne Seele, die nach grenzenlosem Unglück märchenhaft befreit wird. Doch sein Leid, sein Suchen ist nicht fromm ertragen auf bunten Schicksalswegen; es spielen unheimlich die Dämonen der Verleumdung und des Mordes. Das Ganze ist ein bitteres Gedächtnis mit einem märchenhaft guten Schluss. Als ob die Dämonen zur Exhibition ihrer Macht launenhaft einen Sterblichen glücklich machten.

Das bedeutende Werk (dem ein trivialer Tanz und ein triviales Gedicht vorausgingen) fand mit Recht eine begeisterte Aufnahme.

Ernst Blass.

* Berliner Theaterchronik. Das Intime Theater bereitet das Schauspiel „Der Unabstehbare“ von Ernst Wittlinger mit Wolfgang Zilger in der Hauptrolle vor.

* Vortraining im Theater. Auf dem Rückstufte des Deutschen Theaters, „Berlin in 30 Jahren“, am Sonntag, 20. Februar, wird Sabri Mahir mit Franz Diener auftreten, und zeigen, wie er seinen Schilling für den Kampf mit Rodino vorbereitet hat.

Staatsoper.

„Boris Gubanow.“

L. S. Modest Petrowitsch Mussorgski ist zu spätem Nachruhm gelangt. Seinen Zeitgenossen galt er — was er in gewisser Hinsicht auch geblieben ist — als halber Dilettant (die größeren Werke leben nur in der Uebersetzung Rimski-Korsakows) und war doch ein Pfadfinder, ein Anreger, wenn auch kein Vollenber. Heute sieht man in ihm einen „Vater der modernen Musik“, der „Boris Gubanow“ gehört zu den meistbeachteten Opern. Die des Original kennen, bevorzugen es sogar und verheßen Rimski namentlich gewisse harmonische und rhythmische Veränderungen, die das Charakteristische abschleifen. Man weiß nicht recht, wenn man das gut klingende, farbenprächtige Orchester hört, oder den Saß und Aufbau der Ensemble's, was von der Hand des Autors, was von der des Bearbeiters ist. So bleibt uns Mussorgski trotz seiner Erfolge eine problematische Gestalt.

Den „Boris“, dem die hier von Putschin und dem Komponisten dramatisierte Geschichte des Schiller'schen „Demetrius“ zugrunde liegt, haben wir seinerzeit in der Volksoper fernengelassen. Mit der Uebernahme in ihren Spielplan hat nun die Staatsoper das Werk auf ein, sagen wir vornehmeres Niveau gehoben, ohne daß sich der musikalisch-dramatische Eindruck wesentlich geändert hätte. Es bleibt ein fesselndes Zeit- und Kulturbild, oder vielmehr eine Reihe von Bildern, die sich zu einer einheitlichen dramatischen Handlung nicht gestalten. Auch die Musik ist kein ausgereiftes Kunstwerk, in dem alle Teile gleichwertig wären, aber sie ist interessant in ihrer Bodenständigkeit, ihrer oft überraschenden Ausdruckskraft (am stärksten in der Schredensvision des Gubanow) und durch viele melodisch und sanglich originelle Züge. Ein national kolorierter Bilderbogen mit eingefreuten firdlichen und weltlichen Volksweisen, unter denen uns auch die von Beethoven in einem Moskowitz-Quartett verwendete begegnet.

Die Hauptrolle der von Georg Zell mit starker Einfühlung in Temperament und Stil der Musik geleiteten Aufführung beruhen im Chorischen und Orchesterlichen, und nicht zuletzt im Genieff-Dezernat (Spielweise: Franz Böth). In der Gesamtausstattung hat Emil Birch an den Nachbarn auf das Bildhafte und Bühnenwirksame gelegt. Der Moskauer Kreml mit den Gewändern des Krimmleuges ist von freierender Farbigkeit, nur leider nicht stabil genug. Sehr gut gehen die charakteristische russische Schenke und die des Schneelandschaft, selbstam verheißt die Klosterzelle mit ihrem Stich ins Expressionistische. Aber der Maler dachte wohl: no Komponist und Dichter so Bunt durcheinander würfeln, darf es auch.

Den lebhaftesten Erfolg hatte merkwürdigerweise Frau Krndt-Lex, obwohl ihr die Partie der Morina eigentlich zu hoch liegt.

Einigung über die Erwerbslosenfrage.

Das Kompromiß der Regierungsparteien.

Es ist gestern gelungen, in der Frage der Erwerbslosen-
erstützung zu einer Verständigung zu gelangen und damit
wichtigsten zu beilegen, die sich in Konsequenz des
eigen Zwischenfalls im Haushaltsausschuß des Reichstags
konnten. Dr. Luther hatte gegen die von den Deutsch-
nationalen verlangte Vertagung Einspruch erhoben, weil er
achte, daß man sich im Ausschuß bei der Erörterung der
Schlüsse des sozialpolitischen Ausschusses in der Erwerbs-
losenfrage festlegen würde, während die Regierung den
Anspruch vertrat, daß ihr Wirtschaftsprogramm ein
selbständiges Ganzes darstellt und durch Sonderbehand-
lung eines oder des anderen Problems beeinträchtigt
würde. Von sozialdemokratischer Seite wurde
die Feststellung nun jedoch dahin aufgefaßt, daß
die Regierung sich überhaupt gegen die Er-
gung der Unterstützungsfrage ausspreche, und darin
den bürgerlichen Parteien unterstütz wurde. Daß also
einer der wichtigsten Fragen des Tages eine bürgerliche
Mehrheit gegen die Arbeiterchaft in Erwägung treten
würde. Als nach dem Zwischenfall weiter verhandelt wurde,
feststellte deshalb der sozialdemokratische Abgeordnete Di-
ckmann sehr lebhaft gegen jede Abänderung der Beschlüsse
des sozialpolitischen Ausschusses. Dieser Ausschuß
lag vor, die Sache für die verarbeiteten, wie
ledigen Hauptunterstützungsempfänger um 10 vom Hun-
dert, für alle übrigen Erwerbslosen unter 21 Jahren um
v. H. zu erhöhen. Dazu lag nun ein Zentrumsantrag vor,
nämlich die Bestimmung hinzugefügt werden sollte, daß
Unterstützung 75 v. H. des vor Eintritt des Arbeitsverlustes
erhalten, vereinbarten Lohnes nicht übersteigen dürfe. Di-
ckmann meinte, die Sozialdemokratie sei nur notgedrungen auf
den Boden der Ausschlußbeschlüsse getreten, und der Antrag
bedeute eine erhebliche Verschlechterung und werde überdies
einer untragbaren Schminke nach den früheren Lohn-
verhältnissen führen. Das Kompromiß der Regierung-
sparteien bedeutet nun in diesem wie in anderen Punkten eine
zweifelhafte Verbesserung.

Während die „Kette“ unter der Überschrift: „Keinen
Einnahme für die Erwerbslosen“ die Einigungsformel in der
tätigen Weise bekämpft, und das Wirtschaftsprogramm der
Regierung eine „provokatorische Kampfanlage“ nennt, die im
meistens Vorgehen der Sozialdemokraten und der Ge-
werkschaften mit der kommunistischen Partei entsprechend be-
antwortet werden müsse, nimmt der „Vorwärts“ in sachlicher
Form Stellung. Das Zentralorgan der Sozialdemokratischen
Partei hebt zunächst hervor, daß die Regierung die Not-
wendigkeit einer Erhöhung anerkannt habe
und vor allem auch gewungen worden sei, in der Frage der
Erwerbslosenfrage die Forderungen des sozialpolitischen
Ausschusses zu übernehmen. Die vorgesehene Erhöhung ent-
scheide zwar nicht in vollem Umfang den sozialdemokrati-
schen Forderungen, sie bedeute aber bei der herrschenden
Not eine Besserung.

Heute vormittag sind im Haushaltsausschuß die Anträge
der Regierungsparteien zur Erwerbslosenfrage ange-
nommen worden. Außer den Kommunisten haben die
Sozialdemokraten dagegen gestimmt. Es muß aber
aufhingewiesen werden, daß die Behauptung des sozial-
demokratischen Abgeordneten Aufhäuser, der Antrag
der Regierungsparteien bedeute eine wesentliche
Verschlechterung gegenüber den Beschlüssen des sozialpoli-
tischen Ausschusses nicht berechtigt ist. Die Zentrums-
abgeordnete Frau Tausch erklärte, daß der Antrag der
Regierungsparteien einem früheren Antrag des Zentrums
rundförmig entspreche, und stellt fest, daß diesem früheren
Antrag auch die Sozialdemokraten zugestimmt
hätten. Die Sozialdemokraten haben trotzdem angeknüpft,
daß sie sich für das Plenum alles weitere vorbehalten.

K. A. Schenzinger: „†††.“

Junge Generation. (Triantentheater.)

I.
Ueberraschung! Das ist ja noch, noch, noch schlechter! Wer hätte
dies gedacht.

Die Dorfstadt in Ehren: aber das war zu viel. Der Schmierentz
in Ehren: aber so stark wird er nicht verlangt.
Ungewollter Akt bleibt willkommen auf diesem Stern. Doch seit
der Theaterdirektor Johann Rumppe aus Döbern bei Benen über die
Welt zog, gab es das nicht.

Ist man gefandt, es zu kritisieren?

II.
Dies hat mit einer „Jungen Generation“ so gar nichts zu tun,
wie „Baal“ mit einer „Jungen Bühne“. Das bleibt sicher. Doch
man muß es bekennen! — nicht mit Wahrgelächsel ungeachtet
wegtragen. Offenheit! Offenheit!!! Unter den Theatermächtigen
dieses Winters war das die weinsteifste.

III.
Wie kommt sowas zu Rand? Wie steht sich ins Wert?
Ich weite, weite, weite, daß der Autor, ein Halbamerikaner,
gezählt hat auf Deibel vom raus. Bei der „Jungen Bühne“ zählt
man für Schauspielkinder, daß sie auftreten dürfen; hier für Stücke,
daß sie gespielt werden. Die Endfrage heißt: Wie hoch ist der
Betrug?

Das kommt vor — in Epochen des Theaters, wofür die mensch-
liche Wirtschaftskrise drauher Hintergrundprospekt ist.
(In einer unbezahlbaren Zeit leben wir.)

IV.
Näplich wurde derart Schenzinger eine junge Generation. Nach-
dem der Gespenster-John, nachdem der Franzose Breux, nachdem
der Ungar Jekete, nachdem der Tiroler Schönherz etliche Schatt-
seiten einer Erkrankung ohne Glück-Gata dramatisiert: nachdem
er sich Karl-Alons Schenzinger, man gewähre ihm die Bitte, eine
junge Bühne zu sein. O mein Schel!

Das geschieht in einem edlen Proleten. Mit kurzen Bildern.
Mit Ost im Lee. Mit so recht fauler Güte. „Mümm's die Zeichen
weg, sie führen es“ nur die Passsack!“ findet Holofernes Nestroz.

V.
Der Ehemann ganz ein leichsinziger Hund ist, wichte man. Daß
er hartes Regietalent hat, ebenso. Daß er die Vorstellungen aus
dem Kermel schüttelt, gleichfalls. Daß er wahllos puppelt, schleubert,
leben in die Bude bringt, erst recht.

Der erleichterte Karl-Alons sei gesegnet und bedankt. Reche
nach Philadelphis zurück, dann ist alles vergeben.

Die Vernehmungen im Zemeauschuß.

Der Zeuge v. Zengen.

Widersprechende Aussagen.

Der Zeme-Untersuchungsausschuß des preussischen
Landtags hielt am Freitag in öffentlicher Sitzung die Zeugenverneh-
mungen fort. Zunächst teilte der Vorsitzende mit, daß der als Zeuge
vorgesehene Göbel in dem Reichstagsantrag in Schwerin (Med-
lenburg) ebenfalls Zeuge und dort zunächst unaufgefordert sei.
Dann wird Herr v. Zengen als Zeuge über die 5000-Mark-Affäre
vernommen. Ueber seine Vernehmung wird der Ausschuß später be-
schließen. Er bekundet: Ich habe aus dem Dispositionsbuch ein
Darlehen von 5000 Mark auslos an die Versicherungsgesellschaft ein-
geleitet. Das war am 13. Juni. Cuiusmodi hat
Behrens von der Zentralstelle, irgendeine Verbindung
mit den Femeurbeiden, sollte diese Darlehen nicht haben
und hat es auch nicht gehabt. Maletts hat mich
nur um ein Darlehen für die Versorgung der Femeurbeiden
einmal darüber gesprochen, daß ich die Fehlungnahme mit den
christlichen Gewerkschaften gern wieder aufnehmen wollte.
Der Geschäftsführer der Arbeitgeber, Dr. Zänger, war grundförmig
mit dem Darlehen an die Versorgung der Femeurbeiden, vor-
behaltlich der Genehmigung des Herrn v. Borjig. Diese Geneh-
migung ist in der Eile nicht eingeholt worden. Die Zusam-
menkunft in dem Bier- und Weinrestaurant Eitel war am 9. Juni.
Dort wurde über die Arbeitsgemeinschaft und über sozialpolitische
Fragen gesprochen. Das Darlehen wurde am Verhandlungstisch
mit seinem Wort erwähnt. Maletts sagte mir nur leise: „Die Sache
eilt! Ich muß den Wechsel einlösen.“ Ich verlangte die
Bürgschaft des Abg. Behrens, den ich seit mehr als vierzig
Jahren in meinem Hause kenne.

Worjig: Die Cuiusmodi lautete aber auf den Zentralverband der
Landarbeiter?

Zeuge: Die Formulierung war mir gleichgültig. Mir kam es
auf die persönliche Bürgschaft des Behrens an, die mir die
allerbeste ideelle und materielle Sicherheit für ein Darlehen bot. Als
mir die Bürgschaft des Behrens von Maletts zugesichert worden
war, ver sprach ich, das Darlehensgeld zu beschleunigen. Beim Ge-
spräch fragte mich Meyer: „Wird das Darlehen gegeben?“ Ich
sagte: „Es ist alles in Ordnung.“ Das meinte ich natürlich in dem
Sinn, daß das Darlehen für Maletts. Meyer war Anfang
Mai bei mir und hat mich, in Gegenwart des Herrn
v. d. Linde, um Unterstützung für Schulz, den er als einen
politisch Verfolgten bezeichnet. Ich persönlich kannte und kenne
Schulz nicht. Meyer fragte mich, ob ich nicht als nationaler Mann
für Schulz etwas tun könne. Ich erklärte strift, daß die Arbeitgeber-
vereinigung dafür kein Geld geben würde.

Worjig: Der Abg. Meyer hat aber bekundet, daß Sie mit Ihrer
Mitteilung bei der Unterhaltung im Restaurant „Die Sache ist er-
ledigt“ die Unterstützung für Schulz seiner Ansicht nach
gemeint haben.

Zeuge v. Zengen: Was Herr Meyer dachte, kann ich nicht
wissen. — Weiter erklärt der Zeuge, daß er nicht, wie der Abg.
Meyer behauptet, im Restaurant gefast hätte. Die Cuiusmodi ist
schon unterdrückt. Die Cuiusmodi ist erst am 13. unterdrückt
worden, und die Vernehmung im Restaurant habe am 9. Juni
stattgefunden, wie ich aus der Kellnerrechnung für die
Arbeitgebervereinigung feststellen lasse, die ich in den Händen der
Arbeitgebervereinigung befindet. Der Untersuchungsaus-
schuß der Arbeitgeber hat auf seinen, des Zeugen v. Zengen, Antrag
eingeleitet worden. Als man mir im Untersuchungsausschuß sagte,
erklärt v. Zengen, daß ich meine Kompetenzen mit der Übergabe
des Darlehens ohne vorherige Zustimmung des Herrn v. Borjig über-
schritten hätte, habe ich selbst meinen Abschied eingereicht. Wir
haben uns dann in gutem Einvernehmen getrennt.

Abg. Ruttner (Soz.): War es Ihnen nicht auffällig, daß ein
Gewerkschaftsführer bei Ihnen um ein Darlehen vor sprach?

Zeuge v. Zengen: Nein, denn es kamen ja auch Sozial-
demokraten zu mir, um für irgendwelche Zwecke Geld zu verlangen!
(Große Bewegung!)

Abg. Ruttner (Soz.): Das waren wohl die Herren Bau-
meister und Erdmann, oder was war es?

Zeuge v. Zengen (erregt): Darüber verweigere ich die
Auskunft, und ich zusammenhängt.

Abg. Ruttner (Soz.): Wahrscheinlich war es Herr Erd-
mann, der sich allerdings zur Sozialdemokratie zählte, aber nur

VI.
Ich sprach gestern von „Trotteln“ und stelle hier aus Gergens-
drang fest, daß kein Autor damit gemeint war, die tun gewiß
ihre Besten, leider, — vielmehr solche Wuffel, welche die Wiederer-
führung der Zensur einem honorablen Menschen angetraut. Schen-
zinger kommt hierfür nicht in Betracht: es geht leuchtend bei ihm her.
Das ist noch der Einfluß des Quakerismus. (Und dabei sagt er!!)

VII.
Immerhin: aus der Fülle der drei Darsteller (worn Herr Rein-
dorf ein Kranter, aber sehr Kranter war — indes Herr Bewies sich
zwischen schiefte, knorke und full dress hielt) ... sei erwählt:
Renate Müller.

Rein, so was Reizendes. Tanzen muß sie auch gut. Gewiß
muß das in München, oder ich will ein schlechter Kerl sein.

Jetzt, wenn sie an die anderen Theater kommen wird, sei sie nicht
zu sehr Dame — nein?

Sondern bleibe junges Mädel ... mit schmiegem Stimmklang.

Alfred Kerr.

H. K. Die deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung des
Kupfurschadens begann heute früh im Langen-Bischow-Park
einen zweitägigen Ausbildungskursus, durch den Ärzte, Zahnärzte und
Tierärzte über den jetzigen Stand des Kupfurschadens und die
Wege zu seiner Bekämpfung unterrichtet werden sollen. Kammer-
gerichtsentscheidungen a. D. Roth eröffnete die Tagung und wies
auf die großen Gefahren und Schäden hin, die der Krieg und die
Nachkriegszeit der Volksgesundheit gebracht haben. Da die Ver-
schärfung vielfach noch nicht über den Umfang und die Schwere
des Kupfurschadens unterrichtet ist, so soll ein Aufklärungs-
kursus Wandel schaffen, der in 25 Vorlesungen unter anderem
über „Methoden der Bekämpfung des Kupfurschadens“, ihre ver-
schiedenen Erscheinungsformen und ihre Einflüsse auf die Volks-
gesundheit schildern wird. Unter den Rednern find hervorzuheben
Fachleute vertreten. Heute abend spricht Professor A. H. Fried-
länder (Frankfurt a. M.) über „Kupfurschadens“ im
Auditorium Magnim der Universität.

Der Sohn Reichtragsrats. Äußerlich war mitgeteilt worden, daß
der Sohn des Reichtragsrats Ferdinand Reichtragsrats als alter Mann in
bitterer Not dahinsiehe. Die deutsche Presse nahm sich des 78jährigen an,
der in dem kleinen Dörfchen, wo er wohnt, von mehreren Belüch-
terungen wurde. Man erkannte die Ehrenpflicht, dem Sohn des ver-
storbenen Reichtragsrats zu helfen. Man hatte die Jugendverliebe der „Neuen
Zeitung“ die Wölfe, die Reichtragsrats an zu mobilisieren und
durch eine heimtückende den Sohn des Reichtragsrats zu ehren und zu erfreuen.
Vorher aber, zog das Blatt Erhebungen an aufzuklären Stelle ein.
Darauf sandte der Bürgermeister von Simmern (Hunsrück) folgende
Antwort: „Die Jüden bekante Regierungsvorstellung entspricht
nicht den Tatsachen. Der Sohn Reichtragsrats lebt seit 23 Jahren in
Paris im Hause eines Reichtragsrats als Mitglied der Familie und hat keine
Reichtragsrats. Er ist gesund und rüftig, und kann noch der Jagd
und dem Fischfang nachgehen. Er hat wie viele andere sein Vermögen
verloren, und besetzt Kleinrentenunterstützung. Außerdem fliehen ihm
von Verehrern seines Vaters reichliche Gaben zu. Da also feststeht, ist
daß dem Väter reichliche Renten zuzuerkennen, hat das Reichtrags-
blatt von seiner Sammlung abgesehen.“

in die Partei gegangen war, um mit Arbeitgebergebern
in der Partei fortumtugend zu wirken.
Abg. Schön (Wirtsch. Bgg.) beanstandet die Frage des Ab-
geordneten Kuttner. Die Beanstandung wird jedoch nach einer Ge-
schäftsordnungsdebatte mit zehn gegen fünf Stimmen abgelehnt.
Zeuge v. Zengen: Es war bei mir, um Geld zum Zwecke für
die Herausgabe sozialistischer Literatur, wie z. B. der Schrift des
Herrn Fritz Ebert, zu erbitten, der Sozialist Erdmann.
Abg. Kuttner (Soz.) kommt dann auf die Befragung des
Herrn v. Borjig auf dem Polizeipräsidium zu sprechen, in der
Borjig sagte, wahrscheinlich habe Zengen das Darlehen gegeben, da-
mit die Landarbeiterverbände sich nicht mehr beschweren könnten,
wenn andere gelbe Verbände von den Arbeitgebern unterstützt
würden. Zengen selbst habe vor dem Polizeipräsidium be-
kundet, er habe das Geld an die Landarbeiter gegeben, um
sich dem Zentralverband zu verpflichten.

Abg. Kuttner (Soz.): Auch einige Ihrer Kollegen haben aus-
gesagt, das Geld wäre für Schulz gewesen. Wie kommt das?
Zeuge v. Zengen: Ich habe nie gesagt, daß ich gewußt hätte,
daß Geld solle für Schulz sein. Darüber könnte auch der mir seit
zehn Jahren befreundete Herr v. d. Linde Auskunft geben.

Abg. Kuttner (Soz.): Herr v. d. Linde hat aber gerade erklärt,
daß Sie ihm im Oktober gesagt hätten, daß das Geld angeblich für
Personen verwendet worden sei, die in Femeurbeiden
verwickelt sind.

Zeuge v. Zengen: Ich habe da wahrscheinlich nur die Presse-
angriffe zitiert.

Abg. Kuttner (Soz.): Im Oktober sind Presseangriffe in ja
präziser Form noch gar nicht vorgekommen.

Die Propaganda-Abteilung der Arbeitgeber.

Abg. Dr. Schüring (Zentr.) kommt auf die Propaganda-
abteilung der Arbeitgebervereinigung zu sprechen und fragt,
ob diese Abteilung Satzungen gehabt habe.

Zeuge v. Zengen: Die Propagandaabteilung war genau so eine
Abteilung der Vereinigung wie z. B. die Zentralabteilung. Sie hat
keine besonderen Satzungen gehabt, vielmehr hätte sie die Aufga-
be, sich mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, mit der Presse,
mit der allgemeinen Auffklärung und mit Wirtschaftsprüfungen zu be-
schäftigen. Dabei waren ihre großen Richtlinien die, die Volksgemein-
schaft und Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen. Politische Aufgaben
hatte die Propagandaabteilung nicht. Aus dem Fonds der Propa-
gandaabteilung wurden zinslose Darlehen gegeben.
Abg. Dr. Schüring (Zentr.): Ich erinnere an das 5000-Mark-
Darlehen, das doch 1925 eine ziemlich große Summe war, so daß man,
weil es zinslos gegeben wurde, direkt von einem Ge-
gent frechen kann.

Zeuge v. Zengen: Wir durften so keine Darlehensgeschäfte
machen und konnten daher keine Zinsen nehmen.

Abg. Dr. Labi (Soz.) hält dem Zeugen die Aussage des Dr. Zänger
vor, daß er von einem früheren Verlangen des Abg. Meyer, Schulz
zu unterstützen, Dr. Zänger gegenüber nichts erwähnt habe. —
Der Zeuge erwidert, er habe die Angelegenheit Meyer und Maletts
nie in Zusammenhang gebracht, sonst hätte er auch kein Geld
gegeben. Als weitere Fragen beanstandet werden, legt Abg. Schür-
ing Verwahrung dagegen ein, daß immer wieder auf eine Ver-
engung der Unternehmung hingewirkt werde.

Nach einer langen Geschäftsordnungsdebatte erklärte
der Zeuge, Einzelzahlen habe er nicht im Kopf. Gelder, die Herr
Erdmann ausgehoben, hätten jedenfalls mit Femeurbeiden nichts
zu tun. Die Beträge, die an das Bureau „Einzel gelassen
seien, könne er nicht ohne weiteres angeben. Das Konto für
nationale Aufklärung habe er bisher überhaupt nicht gekannt.

Die Frage des Abg. Labi, ob Herr v. d. Linde ihm Aufklärung
gegeben habe, bevor er Herrn v. Borjig aus Gewissensbedenken um
eine Unterbrechung gebeten habe, verneint der Zeuge.

Abg. Deerburg (Deutschnat.) fragt den Zeugen, ob bei der
Vernehmung im Mai Herr Meyer sich dahin geäußert habe, daß er
Schulz nicht für schuldig halte. Der Zeuge erwidert be-
jahend.

Schulze im Moabiter Untersuchungsgefängnis.

Die französischen Beamten im Berliner Polizeipräsidium.

Der unter Verdacht der französischen Verhaftung verhaftete
Techniker Arthur Schulze wurde gestern auf dem Berliner Polizei-
präsidium von Kriminalkommissar v. Liebermann in Gegenwart des
Amtsgerichtsrats Struemann einem eingehenden Verhör unterzogen.
Der Verhaftete bleibt dabei, seit 1924 nicht mehr in Buda-
pest gewesen zu sein und will sich auch an den französischen
nicht beteiligt haben. Nach der Vernehmung wurde Schulze unter
strenger Bewachung nach dem Moabiter Untersuchungsgefängnis
eingeliefert. Entgegen anderslautenden Meldungen kann Schulze —
falls ihm eine strafbare Handlungsweise nachgewiesen wird — als
Reichsdeutscher nach den gesetzlichen Bestimmungen an
Frankreich nicht ausgeliefert werden, vielmehr muß dann
der Täter von einem deutschen Gericht abgerichtet werden.
Vizepräsident Dr. Friedensburg empfing heute vormittag
den aus Frankreich in dieser Angelegenheit hier eingetroffenen fran-
zösischen Kriminalkommissar Desiré Doucet, den der Inspektor
Raymond Grandiere von der Banque de France begleitete. Die beiden
französischen Beamten haben die Aufgabe, sich von den Ermittlungen
der Berliner Kriminalpolizei Kenntnis geben zu lassen. Dr. Friedens-
burg besprach mit den beiden Franzosen in aller Kürze den Stand der
bisherigen Feststellungen. Es wurde dabei betont, daß der Befehl
der französischen Beamten sich darauf beschränken soll, sich lediglich über
die technischen Einzelheiten zu unterrichten, insbesondere
über die Art und Weise, wie die ungarischen Täter die Mittel für
die Verhafteten für sich zu gewinnen versucht haben. Hierzu begaben sich
die Beamten nach dem Untersuchungsgefängnis, um mit dem vernehmenden
Nichter Rücksprache zu nehmen.

Sozialdebatte im Reichstag.

Stegewald über die Erwerbslosenfrage.

Der Reichstag erlebte gestern den „Zustigst“. In der Einzel-
beratung wandte sich der Abg. Dr. Levi (Soz.) noch einmal stark
gegen die Ausübung des Reichsgerichts in Landesvertragspro-
zessen. Die Neuerungen des Reichsjustizministers Marx, über den
Fall Wandt erklärte der Redner als sehr befriedigend. Der Titel
„Reichsgericht“ und der Art des Gaus wurden schließlich angenommen.
Dann wandte sich das Haus dem Etat des Reichsarbeitsminis-
teriums zu. Der Sozialdemokrat Rastke warf dem Minister seine
Schwäche gegenüber den Arbeitgebervereinigungen vor und bekämpfte
deren Forderung eines Abbau der sozialen Fürsorge. Dann hielt der
frühere preussische Ministerpräsident Stegewald (Zentr.) eine be-
merkenswerte Rede, in der er sich vor allem für den Ausbau der Er-
werbslosenfürsorge einsetzte. Es wies mit Recht darauf hin, daß für
Offiziere- und Beamtenpensionen erheblich mehr aus-
gegeben werde als für das große Heer der Erwerbslosen. Die Staats-
verwaltung wurde dann abgebrochen, um nach einer Pause zum Zoh-
ren der Sitzung nicht vor der Staatsberatung noch das deutsch-fran-
zösische Handelsabkommen auf der Tagesordnung.

* Vor dem Landgericht I war zu heute Termin im Prozeß der
Landesbankfurt gegen das preussische Wohlfahrtsminis-
terium angelegt. Auf Ersuchen des Vertreters des Wohlfahrts-
ministeriums vertagte das Gericht die weitere Verhandlung auf
den 12. März.

Biochemie vor Gericht.

Ein Prozeß wegen fahrlässiger Tötung.

Der Kampf zwischen den ärztlichen Methoden bildete den Gegenstand eines Prozesses wegen fahrlässiger Tötung. Ein vierjähriges Kind war an eitrigem Mittelohrentzündung erkrankt, lag in der Charité, sollte operiert werden. Der Vater hörte von der Biochemischen Gesellschaft, die allein in Berlin 60 000 Mitglieder zählt. Nahm das Kind, trotzdem die Ärzte in der Charité davon abrieten, aus dem Krankenhaus heraus und gab es einem biochemischen Berater, einem einfachen Handwerker, zur Behandlung, der dem Kind die von der Biochemie für diese Fälle empfohlenen Mittel gab. Drei Tage später zog er noch einen Arzt hinzu, der nach gleicher Methode behandelte. Auf eigene Faust versuchte es nun seinerseits der Vater (Elektrotechniker) mit Verschlungen durch einen selbst erbauten Apparat. An demselben Abend steigerte sich das Fieber, der Vater brachte das Kind in die Charité zurück, wo man eine Gehirnhautentzündung feststellte. Man operierte das Kind, worauf es starb. Angeklagt wurde der Handwerker Schließ, der das Kind behandelt hatte. Zwischen seinen Aussagen und denen des Vaters klappte große Widersprüche darüber, wer zur Fortnahme des Kindes aus der Charité gedrängt hatte.

Berlin—London—New-York.

Weitere Verbesserung des Kabelverkehrs.

Die Deutsch-Atlantische Telegraphengesellschaft, die vor zwei Jahren für den deutschen Kabelverkehr mit Südamerika, Asien, Afrika und den Mittelmeerländern eine unmittelbare Kabelverbindung mit der Londoner Station der Eastern Telegraph Company herstellte, hat seit kurzem zwei weitere Kabelverbindungen nach London in Betrieb genommen, die nach den Stationen der Commercial Cable Company und Western-Union Telegraph Company führen und für die Beförderung der Kabeltelegramme nach Nordamerika und darüber hinaus bestimmt sind. Auch die Schaffung dieser Kabelverbindungen wird nützlich sein für den deutsch-nordamerikanischen Kabelverkehr der Unweg über fremde Staatstelegraphenämter vermeiden; die Telegramme werden von Emben aus unmittelbar den Stationen der beiden amerikanischen Gesellschaften zugeführt und auf den Kabeln dieser Gesellschaften nach New-York weitergeleitet.

Dem Telegrammverkehr zwischen Deutschland und Amerika dienen außer den vorerwähnten Kabelwegen die Funkverbindungen der Transradio N.G.

Das Hochwasser im Saargebiet.

Mehrere Dörfer von der Flut eingeschlossen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Saarbrücken, 19. Februar.

Das Hochwasserunglück hat besonders schlimm die Ortschaften des unteren Saarlandes in den Kreisen Saarlouis und Merzig heimgesucht. Mehrere Dörfer sind ringsum vom Wasser eingeschlossen, und der Verkehr auf den Zufahrtsstraßen muß teilweise mit Rufen durchgehört werden. An einigen glücklicherweise nur wenigen Stellen reicht die Flut bis zur Höhe des ersten Stockwerks, so daß die Bewohner der Erdgeschosse flüchtigen Fuß fassen konnten, ohne viel von ihrer Habe in Sicherheit bringen zu können. Der überaus schnelle Einbruch der Flutwelle, noch ehe der Warnungsdienst eingelegt hatte, machte die Lage für die Orte in der Niederung sehr bedrohlich. In den Ställen ist viel Vieh ertrunken. Kilometerweise sind Wiesen und Ackerland überschwemmt. Geröll und Trübsand haben die Saarlauen verunreinigt, nachdem die Schäden des letzten Hochwassers vom Dezember 1925 noch nicht überwunden sind. Das Wasser erreichte heute morgen am Saarbrücker Pegel 6,26 Meter und damit seinen höchsten Stand. Es hielt sich im Laufe des Vormittags auf dieser Höhe.

„Der Rhein, sein Werden und Wirken.“

Eine geplante Ausstellung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2 Koblenz, 19. Februar.

Für das Jahr 1927 ist hier eine große Ausstellung geplant: „Der Rhein, sein Werden und Wirken“. Die Ausstellung wird das gesamte Rheingebiet in seinem ganzen Lauf und mit all seinen Nebenflüssen umfassen. Am 26. Februar findet in Koblenz eine Besprechung zwischen den Reichs- und Staatsministerien, den staatlichen, provinziellen und städtischen Behörden sowie Vertretern von Handel, Industrie und Wissenschaft statt, um die Richtlinien für die Ausstellung aufzustellen. Es soll eine Arbeitsgemeinschaft sämtlicher Uferstaaten zustande gebracht werden, die sich zu einer Gesellschaft zusammenschließen werden.

Schweres Bauunglück in Paris.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2 Paris, 19. Februar.

Bei den Abrucharbeiten der Pariser Kunstgewerbeschau ereignete sich heute nachmittag ein schwerer Unfall. Die Wand einer großen Galerie stürzte vorzeitig ein und begrub etwa zehn Arbeiter unter sich. Zwei von ihnen wurden sofort getötet, drei schwer verletzt.

Selbstmord eines Schulkollegen. Aus dem Charlottenburger Verbindungskanal wurde gestern an der Seefraßenbrücke in den Köpenicker See ein alter Mann geworfen. In den Taschen des Toten fand man Ausweisepapiere auf den Namen Viktor A. D. Ernst Böding, 67 Jahre alt, Neußlin, Wartheustraße 10, wohin er aus hinterlassenen Briefen geht unzweifelhaft Selbstmord hervor.

Automobilunfall in Pansow. In der Schloßstraße in Pansow stieß in der vergangenen Nacht gegen vier Uhr eine Kraftdroschke mit einem Straßenbahnwagen der Linie 24 zusammen. Dabei zog sich der Chauffeur Albert Dimbols aus der Schloßhauser Straße 49 schwere innere Verletzungen und eine Gehirnerschütterung zu. Die beiden Fahrgäste erlitten durch das Glaszerbrechen, Schnittwunden im Gesicht und an den Händen. Die Schuldfrage konnte noch nicht geklärt werden. — In der Berliner, Ecke Spreestraße in Charlottenburg stießen gestern Abend zwei in voller Fahrt befindliche Taximeter zusammen. Beide Wagen wurden stark beschädigt. Ein Fahrgast erlitt eine schwere Kopfverletzung.

Wetterausblick für morgen in Berlin und Umgebungen. Weiterhin unbeständig mit Neigung zu Niederschlägen. Mild. (Offizielle Wetterdienststelle Berlin. Nachdruck verboten.)

„Achtung, wir geben Ihnen jetzt die genaue Zeit!“

Die Kunst des Zeitmessens.

Wie wir mit Zeit verfahren werden. — Der Stand der Chronometrie. — Die Entwicklung der deutschen Uhrentechnik.

„Achtung, wir geben Ihnen jetzt die genaue Zeit!“ Wie oft haben wir diese Worte schon vernommen, wenn wir morgens, mittags oder abends am Radioapparat saßen und der Stimme des Ältesten lauschten. Wir brauchen uns heute die Worte Benjamin Franklins „Remember that time is money!“ nicht erst in Erinnerung zu rufen, um die wirklich genaue Zeitangabe schätzen zu lernen. Wo aber ist nun die Quelle der genauen Zeit? Diese Quelle ist in der Seemarie zu Hamburg. Die Großfunkstation Raven aber ist der Mund, der jeden Tag zweimal den ganzen Erdball wissen läßt, jetzt sei es 12 Uhr 57 — 58 — 59 Minuten usw.“ Und haben das das Ohr der Welt: denn die Signale von Raven sind überall offenbar die beliebtesten. Neben diesem deutschen Zeitzeichen werden alltäglich noch ein französisches vom Eiffelturm und ein englisches Signal von Rugby aus in den Netzen gegeben.

Die Rauener Zeit ist Sternwartenzeit, nämlich die Zeit, die auf der Seemarie in Hamburg festgestellt wird. Am wichtigsten aber für den Zeitdienst ist die Sternwarte in Bergedorf; diese hatte früher die Weitergabe der Zeit in Händen, hat sie später aber an die Seemarie in Hamburg übertragen. Das Bergedorfer Institut steht mit der Seemarieeinrichtung in Hamburg in enger Verbindung. Man möchte sagen, beide Warten haben einen Pulsschlag, dessen Welle die äußerst feinsten Präzisionspendeluhren sind, die sich in beiden Instituten in besonderen Uhrenkellern befinden. Für den Bau dieses Hauses war die Beobachtung ganz besonderer Vorbereitungen notwendig. Die schweren Fundamente des Gebäudes wurden tief in geeigneten Baugrund eingelassen. Für den Keller eine möglichst konstante Temperatur und unbedingte Erschütterungsfreiheit zu erzielen. Am sogenannten Meridianfernerrohr des Institutes wohnen sich die Gelehrten ausschließlich der Zeitbestimmung durch Feststellung der Erdbildung. Die Bewegung der Erde um ihre eigene Achse vollzieht sich in ewigem Gleichmaß. Ganz bestimmt behaupten es die Astronomen ja nicht, denn es könnte nach Berechnungen doch möglich sein, daß sich die Achsenrichtung der Erde in den letzten 2500 Jahren immerhin um $\frac{1}{10}$ Sekunde verlängert hat. Das würde praktisch bedeuten, daß ein Sterntag seit dieser Zeit $\frac{1}{10}$ Sekunde länger geworden wäre. Wenn eine Erdbildung beendet ist, dann ist ein Sternentag vorbei. (Die Erde ist somit eine ganz zuverlässige Normaluhr.) Wir rechnen aber nicht nach Sternentagen, sondern nach mittleren Sonnentagen, weil die Sterne finst und zwar 3,56 Minuten. Es muß also jedesmal eine Umrechnung von Sternzeit in Sonnenzeit erfolgen.

Wie geht die Zeitbestimmung vor sich? Die Funkstation Raven ist durch ein direktes Kabel mit der Seemarie Hamburg verbunden. Nachmittags und nachts um 12 Uhr 57 Min. läßt sich ein Mechanismus aus, und Raven schickt seine drahtlosen Zeichen um den ganzen Erdball. Die Zeitzeichen sind im Jahre 1912 auf der internationalen Zeitkonferenz in sogenannten Zeitgenossen System festgelegt worden. Auf dem Festland werden die Zeichen über Wellen 3100 und für Liebersee über Wellen 12 000 Meter gesendet. Der Berliner Funkhörer gibt nur mittags die Zeit von Raven an. Jeder Leie aber kann ja selbst mit den beschriebenen Hilfsmitteln die Zeitangabe seiner Uhrvergleichen benutzen.

Für Deutschlands Einzelzeit (zu Post- und Bahnzwecken) wird die Umrechnung von Stern- in Sonnenzeit von der Sternwarte in Potsdam-Reichenberg geleitet. Die Weitergabe der Zeit geschieht im Postbetrieb folgendermaßen: Jeden Morgen, 5 Minuten vor 8 Uhr (im Sommer 5 Minuten vor 7 Uhr) werden sämtliche Zeitstationen der direkt mit Berlin in Verbindung stehenden Telegraphenämter Stromlos gemacht und Punkt 8 Uhr bis 8,01 Uhr wird eine ganze Minute lang ununterbrochen Strom gegeben. So haben alle Post- und Telegraphenstationen Gelegenheit, ihre Zeit mit der Hauptuhr im Berliner Haupttelegraphenamt in der Kranienburger Straße zu vergleichen. Die Berliner Telephonämter erhalten ihre genaue Zeit auf dem Unweg über das Fernsprechnetz Norden.

Auf eine ähnliche Art vollzieht sich die Verorgung mit Zeit bei der Reichsbahn. Die „Hauptuhrabstelle“ (wenn ich so sagen darf) dafür befindet sich bei der Zeitdienststelle der Reichsbahn auf dem Schloßchen Bahnhof in Berlin. Jeden Morgen um 4 Uhr meldet sich dort in der Uhrenzentrale die ebenfalls durch eine besondere Leitung mit dem Bahnhof in Verbindung stehende Sternwarte Reichenberg und gibt das präzise Zeitzeichen. Daraufhin kann mit der zentralen Vergleichsuhre die Zeit der anderen Hauptuhren kontrolliert werden. Es sind zwei Arten von Haupt- oder Mutteruhren da. Die eine ist die M. E. Z. Mutteruhr (Mittel-europäische Zeit-Uhr) und ist der Zeitmesser, der maßgebende Zeit für alle Bahnstationen im Reich abgibt. Dann sind zwei Mutteruhren da, sogenannte Halbminutenpendeluhren, die für die Steuerung der Bahnfahren im Berliner Stadt-, Ring- und Vorortverkehr bestimmt sind. Von diesen beiden Uhren ist immer nur eine im Betrieb, die andere geht mechanisch ein, wenn ihre Kollegin einmal verfallen sollte. Jeden Morgen um 7 Uhr 58 Minuten löst sich automatisch bei der M. E. Z.-Uhr ein Alhvert aus, und genaue Bahnzeit geht durch den Telegraphen an alle Eisenbahnstationen. Die Halbminutenpendeluhren-Pendeluhren reguliert morgens zwischen 7 und 7,30 Uhr die eingeschlossenen Uhren, deren Zeigerwerte dauernd zentral geneuert werden. Die Hauptuhren selbst werden alle Sekunden synchronisiert, das heißt, mit der astronomischen Pendeluhre auf Lieberseezeitung gebracht.

Dann bleibt noch die öffentliche Zeit, das ist die, die wir gratis von Zeitfäulen auf den Straßen und Plätzen ablesen dürfen. Bei diesen Uhren handelt es sich um Zeitmesser, die durch elektrischen Strom (der meist durch gepadete Postkabel zugeführt wird) aufgezogen und in regelmäßigen Abständen genau reguliert werden.

Wenn der Zeit heute noch hört, daß man in der Kunst des Zeitmessens so weit ist, daß man mit Zeitmikrometern Tausendstel Bruchteile einer Sekunde messen kann, dann wird ihm die Entfernung klar werden, die zwischen der Zeit liegt, wo man nach dem Schatten des eigenen Fußes die Zeit bestimmt und heute, wo jeder Fußmann sozusagen seinen Wecker im Topf hat und jeder Europäer eine Präzisionsuhr besitzt. Für uns ist heute ein Chronometer eine genau so selbstverständliche Angelegenheit wie es über kurz oder lang ein Taschenradioapparat sein wird. Man kann an dieser Tatsache nicht vorbeigehen, ohne daß man die Uhrentechnik nicht besonders würdigt. Gerade Deutschland hat an der Aufwärtsentwicklung des Zeitmessens großen Anteil, man kann sogar behaupten, daß Deutschland in der Zeitmessung führend ist.

Erst kürzlich wieder ist in Berlin ein bemerkenswerter Schritt gelang worden. Es wurde nämlich eine „Gesellschaft für Zeitmessung und Uhrentechnik“ gegründet. Diese unter dem Vorwort des Ehepaars Dr. A. Rames (Berlin) stehende Gesellschaft will „den Zusammenschluß von Fachkundigen und Interessenten an der Zeitmessung und Uhrentechnik zur Förderung, Bearbeitung und Förderung wissenschaftlicher, praktischer und künstlerischer Fragen dieses Gebietes“. Die durch diese Einrichtung fester gestellte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Industrie kann für die Zukunft der Uhrentechnik nur von Vorteil sein.

Die Uhr ist seit je ein Objekt, deren Form modischen Schwankungen unterworfen ist. So wie es moderne Herren- und Damenuhren gibt, so gibt es auch modische Uhrformen. Forderung der heutigen Mode: Damenuhren — klein, feiner, am kleinsten; und Herrenuhren — flach, flacher, am flachsten. Es gibt sogar ganz kleine Uhren. Hat doch ein Schweizer eine Uhr angefertigt, die man wohl getrost als die kleinste der Welt bezeichnen kann, denn sie ist kaum zu sehen. Das Wort dieses Miniaturchronometers hat einen Durchmesser von (sage und schreibe) 6,75 Millimetern (!); das Gewicht beträgt 0,35 Gramm; die Spiralfeder wiegt 0,0001 Gramm. Die Uhr wiegt 0,00175 Gramm und macht 18 152 Schwingungen in der Stunde. Nun darf man aber nicht meinen, daß man so winzige Uhren nur mit Hilfe neuzeitlicher Hilfsmittel herstellen kann. Nein, vor fast 400 Jahren hat man ähnliches auch schon gemacht. Hans Gruber hat damals eine kleine Uhr gebaut, die 24,8 Millimeter im Durchmesser maß. Das war 1540. Gruber war also sogar noch Zeitgenosse jenes Nürnberger Schlossers Peter Henlein, der der Erfinder der Taschenuhr gewesen ist. 100 Jahre später aber wurden schon Uhren hergestellt, deren Werk nur acht Millimeter im Durchmesser hatte. Ein solches Kunstwerk befindet sich beispielsweise in der Sammlung Pierpont Morgans. Man kann nicht von der kleinsten Uhr sprechen, ohne gleichzeitig nicht an die größte zu denken. Doch da wird es schwierig (soweit es die Welt angeht). Als größte Uhr der Welt wird zwar immer noch die große Uhr der Michaelskirche in Hamburg angesehen; aber es gibt auch Leute, die das bestreiten. Berlins größte Uhr ist bekanntlich die große Zuckmühl im Wernerwerk in der Siemensstadt.

Der Wert einer Präzisionsuhr liegt in der Zuverlässigkeit der Zeitangabe, nicht in der gleichzeitigen Erfüllung von Nebenaufgaben. Natürlich trägt das Handwerk auch den besonderen Ausbedürfnis Rechnung. In Glashütte wurden zwei Zuckmühl hergestellt, sozusagen mit allen Schikanen (Kalenderangabe, Chronograph, Selbstschlagwerk usw.), die allein 130 Gramm reines Goldgewicht hatten und dafür auch die Kleinigkeit von 12 000 bis 15 000 Mark kosteten. Ein Chronometerliebhaber erkand im vergangenen Jahre auf der Ausstellung in Paris eine Uhrbanduhr, für die er den Betrag von 62 000 Francs anlegte. Nebenbei gibt es dann auf der ganzen Welt Uhren, die man nur als Ergebnis einer Spielerei ansehen kann. Wenn einer z. B. sein ganzes Leben lang an einer Uhr arbeitet, die nur aus Strohhalmen hergestellt ist, dann kann man praktischen oder handwerklichen Wert von dem Geschaffenen nicht mehr subtrahieren. Anders ist es schon mit den reinen astronomischen Kunstuhren, von denen wir jetzt auch in Berlin eine besitzen. Der Berliner Uhrmacher Oswald Schmalz hat im Verlauf einer achtzigjährigen Tätigkeit eine astronomische Kunstuhr gebaut, die in ihrer Präzision seit dem Aufbruch der Weltverhältnisse Uhr im Straßburger Münster an die Seite gestellt werden kann. Auch der Uhrmacher Götz in Glashütte hat ein ähnliches Kunstwerk fertiggestellt.

Noch einige Worte über das deutsche Uhrengewerbe als solches. Das deutsche Uhrengewerbe ist eine ausgeprägte Veredelungsindustrie. Sie beschäftigt rund 25 000 Arbeiter. Der besondere volkswirtschaftliche Wert erhellt am besten aus der Tatsache, daß die deutsche Uhreindustrie zu zwei Dritteln für den Export arbeitet.

Otto Veiter.

Wieder ein Unfall im Ruhrbergbau.

Drei Bergleute tödlich verunglückt.

Samborn, 19. Februar. (W. Z. B.)

Durch Zubruchgehen des mittleren Teiles einer Stütze auf der Schachtanlage 2-5 der Gewerkschaft Friedrich Schiffsen (Samborn) verunglückten gestern Abend drei Bergleute tödlich. Die Unfallstelle wurde sofort von der Direktion der Bergbehörde befreit, die Anordnungen zur Bergung der Verunglückten traf.

Feuer an Bord.

Die Stürme im Atlantischen Ozean.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2 Paris, 19. Februar.

Der Sturm im Atlantischen Ozean hält immer noch an. In West wurde ein drahtloser Hilferuf des englischen Dampfers „Cornic“ aufgenommen, der 60 Meilen westlich von der Insel Duvalat hilflos umhertrieb. Ein anderer Funkspruch teilt mit, daß auf dem holländischen Dampfer „Petra“, der mit einer Tabakladung nach Holland unterwegs ist, Feuer ausgebrochen ist. Der französische Dampfer „Arctique“ ist zur Hilfeleistung enhand worden. In Cherbourg wurde ein Hilferuf des englischen Dampfers „Maviere“ aufgefangen, auf dem ebenfalls Feuer ausgebrochen ist. Ein Bugherdampfer aus Lorient ist ihm zu Hilfe geeilt.

Eine Samenhof-Straße in Dresden. Schon haben mehrere Städte eine Straße zum Andenken an den 1917 gestorbenen Schöpfer der Weltkultursprache Esperanto, Dr. Samenhof, benannt. Jetzt haben auch Stadtrat und Stadtverordnete von Dresden beschlossen, in der Vorstadt Leuben eine Straße Samenhof-Straße zu nennen.

40 Todesopfer bei dem amerikanischen Lawinenunglück. Nach Berichten aus Bingham, im Staate Utah, dem Schauplatz des furchtbaren Lawinenunglücks, beträgt, wie eine Meldung der Funktion Rudolf Mosse-Haus besagt, die Zahl der Toten bis jetzt 40 Personen. 30 Personen sind aus den Schneemassen und den Ruinen lebend ausgegraben worden, weitere 40 Personen werden noch vermisst.

Feuer in einer Hamburger Kirche. In der vergangenen Nacht gegen vier Uhr brach, wie aus Hamburg gemeldet wird, im Turm der Dankeskirche, im Hammer Stadtteil, Feuer aus, das von der Feuerwehr nach etwa dreistündiger Tätigkeit gelöscht werden konnte.

[REDACTED]

Zur Tagung des genossenschaftlichen Giroverbandes.

* Der Stand des städtischen Kreditgenossenschaftswesens.

Bankverschuldung und Illiquidität, aber wenig Sanierungsbedürfnis.

Von
Julius Jacoelke.

Ein Blick auf den gegenwärtigen Stand des städtischen Kreditgenossenschaftswesens lässt erkennen, dass einer der Grundzüge Schulz-Deitzsche heute nicht mehr zu Recht besteht. Jährlich, ja durch viele Jahrzehnte hindurch, hat dieser Grundzug die Entwicklung seiner Kreditgenossenschaften beherrscht; die Entwicklung der letzten Zeit aber hat ihn an die Wand gedrückt. Als Schulz-Deitzsch den Gedanken genossenschaftlicher Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung entwickelte und selbstverantwortliche Institute zur Pflege des Kredites kleinbürgerlicher Kreise gründete, wandte er sich an alle Kreise, Klassen, Stände und Schichten in Stadt und Land. Damit bezweckte er nicht nur einen allgemeinen Risikoausgleich, sondern auch einen Ausgleich von Geldbedarf und Geldvorrat. Wie richtig diese Grundsätze waren, beweist die Tatsache, dass die nach ihm genannten Kreditgenossenschaften bei völligem Verzicht auf jegliche staatliche Beihilfe zu schönsten Blüte gelangten.

Aber die jüngste Entwicklung hat das Aufgehen dieser Gedanken notwendig gemacht. Von einem Geldausgleich örtlicher, zeitlicher und beruflicher Art kann heute nicht mehr gesprochen werden, da an allen Orten, zu allen Jahreszeiten und in fast allen gewerblichen Betrieben so außerordentlich Geldknappheit herrscht, dass — abgesehen von vereinzelten Spargeldansammlungen — kaum von grösseren Einlagen gesprochen werden kann. Da die schwierige wirtschaftliche Entwicklung nicht nur die Eigenkapitalbildung in der Form des Gewinns oder der Rücklage bei den Kreditgenossenschaften sehr gehemmt hat, sondern auch die Einzahlungen auf die Geschäftanteile, stehen heute diejenigen Genossenschaften erheblich besser da, die bereits im ersten Weltkrieg beständigen, planmässigen, verstärkten Einzahlungen auf die Geschäftanteile gedungen haben. Seit die Geldknappheit ihren Höhepunkt erreicht hat, findet so gut wie keine Kapitalbildung mehr bei den Genossenschaftsbanken statt — im Gegensatz z. B. zu den Grossbanken. Die Genossenschaftsbanken, die 1925 ihre Liquidität erhalten und gleichzeitig noch ihre Unkosten verdienen konnten, müssen schon als gut geleitet bezeichnet werden. Das sind nicht allzu wenige, da die Leitungen zu einem erheblichen Teile über jahrelange Erfahrungen verfügen. Die bei den Genossenschaften eingegangenen und eingehenden Kreditgesuche sind so ausserordentlich gross, dass auch grössere Eigenmittel nicht zur Befriedigung ausreichen hätten, als sie die Genossenschaften tatsächlich haben. So muss als bedauerlich noch ihre Entwicklung gegenüber der in der letzten Zeit zunehmenden Bankverschuldung festgestellt werden. Die Kreditgenossenschaften — leider sind es nicht alle — die sich durch verstärkte Bildung von Eigenkapital und Heranziehung von Einlagen ausserhalb der Bankverschuldung ganz frei machen konnten, entwickeln sich, mit Rücksicht auf die ihnen verbleibende grössere Zinsspanne, recht günstig; da läuft die Entwicklung ungefähr parallel mit den grösseren Aktienbanken. Bei ländlicher Kundschaft fehlt aber dieser Zustrom im allgemeinen. Dazu kommt, dass der Wettbewerb erheblich an Schärfe gewonnen hat. Dies erklärt sich daraus, dass auch die Sparkassen und Kommunalbanken wieder von vorn anfangen mussten und dass diese Institute heute in ganz andern Ausmassen als früher, wo sie hauptsächlich den Realcredit pflegten, Personalkräfte geben und trotz veränderter Nackenschläge im ganzen ihre Position verbesserten, häufig genug auf Kosten der Kreditgenossenschaften. Die Situation der heutigen Wirtschaft ist die Illiquidität. Die allgemeine Vorstellung der Mittel hat auch vor dem Kreditgenossenschaftswesen nicht halt gemacht. Im Gegenteil, dort, wo die kleinen Kreditgenossenschaften tätig waren, glaubten, dass die Kreditansprüche aller Mitglieder Rechnung zu gehen müssten und wüssten, dass in Verknüpfung einer vorübergehenden Flüssigkeit glaubten, dass ohne allzu grosse Schwierigkeiten in der Lage zu sein, sind die Ausstände vergrössert worden. Alles in allem genommen, kann man wohl sagen, dass im deutschen Genossenschaftswesen noch niemals zuvor eine so grosse Illiquidität zu beobachten war, wie gegenwärtig. Aber gilt das, gerechtfertigt, nicht für die gesamte gegenwärtige Wirtschaft? Mitunter ist die abnehmende Liquidität auch verursacht worden, durch den Zwang, die Unkosten oder benötigtes Eigenkapital zu verdienen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass dort, wo bilanziell eine befriedigende Liquidität zu erreichen ist, tatsächlich Illiquidität vorhanden sein kann, insofern sich unter den verschiedenen Materialien befindet, das „eingefroren“ ist und immer wieder prolongiert werden muss.

Auch das Kreditgenossenschaftswesen ist nicht von Nackenschlägen verschont geblieben; es gilt dies auch für die sogenannten „Zentralkassen“, die in der Auswahl der befriedigten Kredite nicht in allen Fällen eine glückliche Hand gehabt haben, was zum Teil auf die oben angegebenen Gesichtspunkte zurückzuführen ist. (Diesen Zentralkassen hatten überhaupt einige Mängel konstruktiver Art an, die in der nachinflationistischen Zeit mehr und mehr in den Vordergrund treten.) Die Zahl der Sanierungen, Geschäftsaufhebungen und Konkurse ist aber im städtischen Kreditgenossenschaftswesen verschwindend klein. Schon deshalb, weil die hinter den einzelnen Genossenschaften stehenden Zentralinstitute — zwar ohne jede Rechtsverpflichtung, aber in einem solidarischen Genossenschaftsgeist — zur Stützung bereit sind, wo wirtschaftlichen Voraussetzungen und die Geschäftsführung bei der Genossenschaft dies rechtfertigen. Schliesslich kommt ja auch die spezielle Form der Genossenschaft, die in der Übernahme einer Haftungsverpflichtung von mindestens dem nämlichen Umfange des übernommenen Geschäftsteils ihren Ausdruck findet, in schwierigen Zeiten besonders zur Geltung und erlaubt eine Sanierung, wo anderswo vielleicht schon schärfere Massnahmen notwendig

wären. Um so mehr ist es daher zu bedauern, dass neuerdings bei einigen vorgekommenen Sanierungen gegen die gesunden Grundsätze wirtschaftlicher Vernunft verstossen wird und eigenes Kapital vergräbt wird, wo gar keines vorhanden ist. Dies geschieht in der Weise, dass man die Generalversammlung eine erhebliche Erhöhung des Geschäftsanteils (und damit zwangsläufig auch der Haftsumme) beschliessen lässt. Die notwendigen Einzahlungen auf diese Geschäftsanteile werden nun bis auf weiteres ersetzt, indem man die Genossen für die Beträge belastet. Es erscheint dann auf der Passivseite ein erhebliches, aber nicht eingehaltene Eigenkapital, eine Verschleierung des tatsächlichen Vorgangs, der dadurch, dass man unter den Aktiven die fehlenden Einzahlungen als gewährte „Darlehen“ fingiert, zwar korrigiert wird, aber nicht gebilligt werden kann. Solche „Papiersanierungen“ sind nicht neu; doch erscheint es dringend notwendig, dass die Genossenschaftsverbände solchen wieder ausgeübten „Sanierungs“-Methoden gegenüber einschreiten, damit nicht durch ein Ueberhandnehmen das ganze Genossenschaftswesen diskreditiert wird.

* Tagung des genossenschaftlichen Giroverbandes der Dresdner Bank. — Vor einer Ermässigung des Lombardsatzes der Reichsbank? Nach der Begrüssung der in den Räumen des ehemaligen Herrenhauses versammelten Vertreter der Genossenschaften im Giroverband der Dresdner Bank durch Direktor Wilhelm Kleemann, sprach der Vizepräsident der Reichsbank, Geheimrat Kauffmann über die Lage des Geldmarktes und die Kreditpolitik der Reichsbank. Mangels geeigneten Wechselmaterials sei die Beanspruchung des Kreditkontingentes trotz der im Dezember erfolgten Lockerung der Kontingentsbestimmungen auf zwei Drittel heruntergegangen, ein Zeichen für den Stillliegen der Wirtschaft infolge der Krise. Eine weitere Diskontermässigung müsse zunächst mit Kapital in Deutschland zu investieren, nicht möglich sein. Ausserdem sei es jetzt noch nicht möglich, ein Bild über die Entwicklung der deutschen Wirtschaftsbilanz zu gewinnen, vielmehr müssten die nächsten 4 bis 6 Wochen darüber hingehen, um dann erst eine Änderung des Diskontes vorzunehmen. Hingegen erwäge man die Ermässigung der Zinsspanne zwischen dem Lombard und Diskont von 2 auf das ursprüngliche Ausmass von 1 pCt. Diese Bestrebungen stehen im Zusammenhang mit der veränderten Börsenlage insbesondere auf dem Markte der als Lombardunterlagen häufig verwendeten Goldpandbriefe, deren Verzinsung, nach ihrem Börsenkurs umgerechnet, zu Jahresanfang 10–11 pCt. betrug, jetzt aber nur 8,7 bis 9 pCt. ausmacht. Eine entsprechende Angleichung des Lombardsatzes sei daher vielleicht empfehlenswert.

Im Verlauf der Tagung befragten mehrere Redner, so z. B. auch Dr. Hoppe vom Reichswirtschaftsministerium, den Abba der öffentlichen Kreditfähigkeit, mit der so viele schlechte Erfahrungen gemacht worden seien. In diesem Zusammenhang wurde auch die Etablierung des neuen Reichsfinanzministers Dr. Reinhold zitiert, der regierungsmässig die Unzuverlässigkeit der Verwendung fiskalischer Ueberüsse zu privaten Krediten zugegeben habe. — Im einzelnen führte Bankdirektor Rapmund, Leiter der Genossenschaftsbank der Dresdner Bank, aus, dass Ende des vorigen Jahres allein von der Dresdner Bank etwa 10 Millionen \mathfrak{M} . in den Kreditgenossenschaften investiert gewesen sind. Diese Summe hat aber in den letzten Monaten eine fühlbare Ermässigung erfahren, und die Zahl derjenigen Volksbanken, die ohne Bankkredit wieder auskommen können, mehr sich von Tag zu Tag. Abhandelt sprach Reichsminister Dr. Exzellenz Dr. Dernburg über die deutsche Wirtschaftslage. Der Redner ging auf verschiedene Einzelheiten des Dawes-Plans ein und stellte fest, dass zugestandenemmassen die Annahme der Reparationssumme durch die Gläubiger auf dem Wege des Ankaufs deutscher Exportgüter von der Kaufkraft und dem Kaufwillen der Gläubigerländer abhängt. Diese Bereitwilligkeit ist, wie die Zolllieferanten der Hauptlieferanten der Länder weltweit, wenigstens zum Teil vorhanden. Ein Abbau der Zolllieferanten und die Schaffung grösserer Wirtschaftseinheiten in Europa sind dafür Voraussetzung. Als nächster Redner schilderte Geh. Legationsrat Dr. Frisch vom Vorstand der Dresdner Bank den verhältnismässig einfachen Aufbau, bei dem sich das öffentliche und private Bankwesen vor dem Kriege in bestimmte Aufgaben teilten. Auf der ganzen Linie herrschte heute nicht mehr die Deflation, eine starke Vermehrung von Kreditinstituten öffentlichen und privaten Charakters. Während bei den privaten Instituten aller Art der Rationalisierungsprozess auf eine Verminderung drängt, hat man bei den öffentlichen Bankunternehmungen eher das Gefühl, dass sie sich in der Offensive befinden. Wie bei allen übrigen Zweigen der Wirtschaft, so auch bei den öffentlichen Banken, liegt auch bei solchen Ausdehnungsbestrebungen der öffentlichen Hand auf dem Gebiete des Bankwesens eine falsche Verwendung der Steuergelder vor. Die Verlieber der öffentlichen Banken für Personalkredite und die Vernachlässigung der Realkredite gegen die Vorkriegszeit bringt nicht nur Verluste, die den Steuerzahler treffen, sie stört auch die gesunde Entwicklung des Kapitalmarktes und trägt dazu bei, die Deflation zu verschärfen. Im übrigen sollten, wenn öffentliche Mittel zur Verfügung stehen, mit denen besonders schwer betroffenen Erwerbsständen geholfen werden soll, solche Mittel über die dazu vorhandenen privaten Kreditinstitute gelenkt werden, wie das zum Teil auch geschehen ist, weil richtige Verwendung des Geldes und die richtige Auswahl unter den Kreditwürdig von solchen Instituten auf Grund ihrer Erfahrung und Schulung besser überführt werden. Bemerkenswert ist hier zum Beispiel die geringe Konkursziffer unter den Kreditgenossenschaften. In der Diskussion wurden noch einige technische Fragen erörtert. Zum Schluss unterstich Bankdirektor Kleemann die von Geheimrat Kauffmann geäußerte Ansicht, dass wir den tiefsten Punkt der Wirtschaftskrise nunmehr erreicht zu haben scheinen, so dass man auf einen Aufstieg hoffen könne.

* Ein Teil der Berliner Städtische in Amerika angeboten? Wir erhalten aus New-York den nachfolgenden Fundpunkt: Rothschild & Co. erhalten von deutschen Bankiers einen Teil der mit 24jähriger Laufzeit ausgestatteten 6proz. 20-Millionen-Goldmark-Anleihe der Stadt Berlin. Die Bonds werden bald öffentlich angeboten werden, und zwar zu einem Kurse von 99 Dollars für je 5000 \mathfrak{M} .

Hierzu erfahren wir von der Stadt Berlin, dass die obige Meldung in dieser Form nicht den Tatsachen entspricht. Die Stadt Berlin habe bei den seinerzeitigen Besprechungen über die Anleihe niemals beabsichtigt, sie im Auslande zu placieren. Bei den seinerzeit hierüber gegebenen Erörterungen ist auch seitens der Bankiers eine derartige Absicht nicht geäußert worden. Soweit sich bisher über die Anleihe bekannt hat, dürfte es sich darum handeln, dass ein Teil der Bankiers ein Anleihekonsortium zum Zwecke der Sondierung in Amerika einen kleinen Teilbetrag des auf ihn entfallenden Anleiheanteils angeboten hat. Es scheint sich hierbei nach Ansicht der Stadtverwaltung um eine Summe von höchstens 1 Million \mathfrak{M} . zu handeln. Von einer Auflegung der Anleihe zur öffentlichen Zeichnung in New-York könne keine Rede sein. Zur Aufklärung der Angelegenheit hat die Stadt bereits mit den diesbezüglichen ausländischen Stellen in Verbindung gesetzt, um Näheres über diese eventuellen Sondierungsversuche festzustellen.

* Vereinigte Press- und Hammerwerke in Dahlhausen (Ruhr) und Düsseldorf. Die Gesellschaft, deren Aktienkapital von 2 Millionen \mathfrak{M} . sich in der Hauptsache in dem Besitz des Stamm-Konzerns befindet, sieht für 1924–25 dividendenlos. Es ist ein Verlust von 62 796 \mathfrak{M} . entstanden, der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

* Scheitern der Verhandlungen über deutsche Druckpapierlieferungen nach Russland. Die Verhandlungen über deutsche Druckpapierlieferungen, die mit den zuständigen russischen Stellen seit einiger Zeit gepflogen wurden, sind ergebnislos abgebrochen worden.

wurden. Eine Einigung konnte weder über die Preise, noch über die Zahlungsbedingungen erzielt werden. Auch der Vorschlag, die Druckpapierlieferungen auf dem Wege des Austausches gegen russisches Holz auszuführen, ist gescheitert, da russischerseits eine Anzahlung auf das Holz verlangt wurde, während man eine Vorleistung auf die Druckpapierlieferungen nicht zugehen wollte. — Die Verhandlungen werden vorläufig nicht wieder aufgenommen werden.

* Zuckeraffinerie Magdeburg Akt.-Ges. in Magdeburg. Die Generalversammlung genehmigte den Abschluss für 1924/25. Die Vorzugsaktien erhalten 6 pCt., während auf die Stammaktien keine Dividende ausgeschüttet wird. Ferner wurde die Einziehung der 500 Vorzugsaktien für je 20 \mathfrak{M} . gegen Auswahl des Nominalwertes zuzüglich 15 zur Vermehrung beschlossen. Wie der Aufsichtsratsvorsitzende ausführte, wurden insgesamt 610 733 Ztr. Rohzucker verarbeitet gegen 1 639 000 Zentner im letzten Vorjahresjahre.

* Vor einer neuen Sanierung bei dem Verein Chemischer Fabriken in Zeitz. — Abstossung von Beteiligungen und Zusammenlegung des Aktienkapitals. Wie zu erwarten war, und wie wir schon bei der Berliner Einführung der Aktien vor ca. 8 Monaten vorausgesagt haben, sieht sich der Verein Chemischer Fabriken Akt.-Ges. in Zeitz jetzt zu einer neuen Sanierung gezwungen. Wir hören, dass Anfang nächster Woche eine Aufsichtsratsitzung stattfindet, in der bereits ein definitives Rekonstruktionsprogramm beschlossen werden soll. In den massgebenden Kreisen glaubt man, dass ein Kapitalschnitt von 3:1 bis 4:1 voraussichtlich genügen wird, um das Unternehmen auf eine tragfähige Finanzbasis zu stellen. Zuvor soll allerdings mehr als die Hälfte der Beteiligungen, die hierüber geführt werden, stehen unsere Kenntnis nicht vor dem Abschluss. Sie betreffen die im Besitz der Gesellschaft befindlichen 18 Mill. \mathfrak{M} . Aktien (von 1,8 Mill. \mathfrak{M} . Gesamtkapital) der Schlickmann Werke Akt.-Ges. in Hamburg und die 1,65 Mill. \mathfrak{M} . norweg. Kronen von 3,3 Mill. norw. Kr. Gesamtkapital) der Verva Fabrikker A.S. in Sandefjord. Was für diese beiden Posten erlöst wird, bzw. erlöst werden kann, wissen wir nicht. Da sie aber mit 100 pCt. bei der Zeitzer Stammesgesellschaft zu Buche stehen, obwohl ihre finanzielle Situation nach den letzten bekannten Ausweisen keine sehr glänzende sein kann, muss mit einem — vielleicht nicht unbeträchtlichen — Verlust gerechnet werden. Als Käufer der Schlickmann-Werke-Aktien kommt dem Vernehmen nach die Familie Stöve in Betracht. Der alte Kommerzienrat Stöve, dessen Tätigkeit als Direktor und Aufsichtsratsvorsitzender der Zeitzer Gesellschaft nicht immer sehr glücklich war, wenigstens nicht für die Gesellschaft und für die Aktionäre, hat sich vor einigen Monaten von der Geschäftsleitung zurückgezogen. Er spielt aber in Verbindung mit seinem Bruder, der Generaldirektor in Zeitz ist, und seinem Sohn, dem ersten Vorstandsmitglied der Schlickmannwerke, noch gewissermassen als ein Fideikommiss der Familie Stöve betrachtet. Das möchte an und für sich noch hingehen, wenn die von ihr gepflogenen Finanzierungs- und Bilanzierungsmethoden klar und eindeutig wären. Leider ist das aber, wie wir früher schon ausführlich dargelegt haben, nicht der Fall. Es wird sich im Gegenteil jetzt vielleicht wieder ähnliches herausstellen, wie bei der Sanierung im Jahre 1915. Darüber wird man ein Urteil aber natürlich erst fällen können, wenn die Bilanz per 31. Oktober v. J. vorliegt, und wenn das Sanierungsprogramm feststeht. Der Kurs der Aktien notiert zurzeit ca. 20 pCt. Seit der Einführung am 22. Juli 1925, die mit 43 pCt. erfolgt ist, haben die Aktionäre also ca. 60 pCt. ihres investierten Kapitals verloren. Bedanken dürfen sie sich dafür vor allem bei der Berliner Zulassungsstelle, die die Aktien aufnahm, wenn sie von ihrem Beruf schon damals nach durchdrungen gewesen wäre, aus einer ganzen Reihe von wichtigen Gründen keinesfalls hätte zulassen dürfen. Die einführende Bankfirma war die Commerbank.

* Die Antwortung aus Werksverträgen. — Massgebend wird die vorerwähnte Preis, nicht der Wert der Werkleistungen. Der Kläger Tiefbauunternehmer K. in Berlin-Pankow, hat dem beklagten Speidter G. in Berlin-Pankow im Jahre 1923 auf Bestellung und auf Grund der Kostenanschläge vom März und November 1922 einen Gleisanschluss an den Rangierbahnhof Berlin-Pankow hergestellt. Der Beklagte verweigert die Vergütung für seine Leistung in Höhe von 14 400 \mathfrak{M} . 24 pCt. Zinsen seit Klagezustellung. Mit einer Gegenrechnung hat der Beklagte Ansprüche wegen fehlerhafter Lieferung und verspäteter Herstellung des Werkes erhoben. Widerklager verlangt er Zahlung des zu seinen Gunsten errechneten Betrages von 449 500 \mathfrak{M} . Das Landgericht Berlin verurteilt den Beklagten zur Zahlung von 2500 \mathfrak{M} . Abzinsung 5 pCt. Zinsen seit Klagezustellung und wies die Mehrforderung sowie die Widerklage ab. Das Kammergericht zu Berlin sprach dem Kläger 5000 \mathfrak{M} . 24 pCt. Zinsen seit dem 1. Januar 1924 zu, im übrigen blieb es bei der Entscheidung des Landgerichts. Das Reichsgericht hat jetzt das Urteil des Kammergerichts bestätigt. Und zwar geht der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts auf seinen Entscheidungsgründen zu der Sache davon aus, dass auch beim Werkvertrag in Falle der Aufwertung von der vertragsmässigen Forderung des Unternehmers auszugehen ist, nicht dagegen sind die Werkleistungen selbst dem Aufwertungsanspruch zugrunde zu legen. Wenn aussergewöhnlich hohe oder aussergewöhnlich niedrige Aufwendungen zur Herstellung des Werkes gemacht worden sind, kann dies gemäss § 242 BGB. und Umständen für die Aufwertung sein, wenn sich ändert oder nicht daran, dass von dem Betrag der vertragsmässigen Forderung des Unternehmers zustehenden ziffermässigen Vergütung auszugehen ist. Mit Recht hat daher das Berufungsgericht die sich aus den Kostenanschlägen ergebenden Werklohnbeträge dem Anspruch zugrunde gelegt. (VI 456/25. — 26. Januar 1926.)

* Das französische Eisen Syndikat setzt den Preis für Giesseisenbleichen Nr. 3 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 4 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 5 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 6 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 7 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 8 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 9 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 10 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 11 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 12 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 13 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 14 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 15 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 16 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 17 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 18 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 19 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 20 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 21 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 22 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 23 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 24 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 25 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 26 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 27 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 28 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 29 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 30 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 31 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 32 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 33 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 34 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 35 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 36 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 37 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 38 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 39 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 40 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 41 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 42 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 43 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 44 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 45 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 46 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 47 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 48 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 49 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 50 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 51 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 52 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 53 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 54 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 55 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 56 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 57 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 58 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 59 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 60 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 61 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 62 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 63 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 64 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 65 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 66 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 67 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 68 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 69 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 70 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 71 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 72 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 73 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 74 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 75 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 76 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 77 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 78 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 79 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 80 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 81 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 82 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 83 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 84 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 85 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 86 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 87 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 88 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 89 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 90 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 91 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 92 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 93 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 94 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 95 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 96 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 97 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 98 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 99 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 100 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 101 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 102 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 103 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 104 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 105 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 106 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 107 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 108 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 109 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 110 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 111 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 112 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 113 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 114 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 115 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 116 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 117 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 118 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 119 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 120 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 121 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 122 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 123 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 124 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 125 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 126 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 127 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 128 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 129 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 130 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 131 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 132 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 133 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 134 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 135 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 136 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 137 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 138 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 139 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 140 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 141 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 142 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 143 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 144 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 145 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 146 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 147 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 148 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 149 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 150 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 151 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 152 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 153 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 154 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 155 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 156 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 157 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 158 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 159 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 160 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 161 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 162 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 163 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 164 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 165 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 166 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 167 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 168 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 169 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 170 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 171 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 172 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 173 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 174 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 175 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 176 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 177 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 178 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 179 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 180 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 181 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 182 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 183 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 184 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 185 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 186 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 187 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 188 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 189 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 190 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 191 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 192 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 193 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 194 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 195 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 196 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 197 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 198 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 199 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 200 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 201 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 202 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 203 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 204 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 205 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 206 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 207 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 208 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 209 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 210 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 211 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 212 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 213 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 214 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 215 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 216 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 217 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 218 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 219 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 220 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 221 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 222 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 223 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 224 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 225 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 226 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 227 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 228 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 229 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 230 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 231 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 232 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 233 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 234 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 235 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 236 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 237 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 238 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 239 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 240 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 241 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 242 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 243 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 244 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 245 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 246 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 247 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 248 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 249 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 250 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 251 um 1250 Fr. auf 4070 Fr. und für die Erzeugnisse Nr. 252 um

Wochenübersicht der Reichsbank vom 15. Februar 1926.

Geldrückflüsse in geringerer Höhe als im Vormonat.

Aktiva			
1. Noch nicht bezogene Reichsbankanteile	R.-M.	177.212.000	unverändert
2. Goldbestand (Barren) sowie in- und ausländische Goldmünzen, das Pfund fein zu 925,2 R.-M. gerechnet	R.-M.	1.307.296.000	+ 51.619.000
3. Bestand an Noten anderer Banken	R.-M.	1.139.232.000	+ 20.596.000
4. Goldpfeil (unbelastet) bei ausländischen Zentralbanken	R.-M.	168.004.000	+ 25.023.000
5. Bestand an deckungsfähigen Devisen	R.-M.	432.397.000	+ 13.838.000
6. Bestand an sonstigen Wechseln und Schecks	R.-M.	1.230.752.000	+ 90.585.000
7. Bestand an deutschen Scheckmünzen	R.-M.	90.533.000	+ 7.444.000
8. Bestand an Noten anderer Banken	R.-M.	1.139.232.000	+ 20.596.000
9. Bestand an Lombardforderungen	R.-M.	9.269.000	+ 4.151.000
10. Bestand an Effekten	R.-M.	234.877.000	+ 129.000
11. Bestand an sonstigen Aktiven	R.-M.	734.115.000	+ 5.097.000

Passiva			
1. Grundkapital: a) bezogen	R.-M.	122.788.000	unverändert
b) noch nicht bezogen	R.-M.	177.212.000	unverändert
2. Reservefonds: a) gesetzlicher Reservefonds	R.-M.	25.403.000	unverändert
b) Spezialreservefonds für künftige Dividendenzahlung	R.-M.	33.404.000	unverändert
c) sonstige Rücklagen	R.-M.	327.000.000	unverändert
3. Betrag der umlaufenden Noten	R.-M.	2.419.988.000	+ 148.197.000
4. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten	R.-M.	872.617.000	+ 107.310.000
5. An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten	R.-M.	605.025.000	+ 34.463.000
6. Sonstige Passiva	R.-M.	605.025.000	+ 34.463.000

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Februar hat sich der Status der Bank weiter gebessert. Die Anlage in Wechseln, Schecks, Lombards und Effekten verringerte sich um 86,3 Millionen auf 1.645,9 Millionen R.-M., und zwar erzielte sich die Abnahme in Wechseln um 99,8 Millionen auf 1.307,3 Millionen R.-M., während die Lombardbestände um 4,2 Millionen auf 9,3 Millionen R.-M. und die Effektenbestände um 0,1 Millionen auf 234,9 Millionen R.-M. anwuchsen. Bei der Abnahme der Wechselbestände ist zu berücksichtigen, dass in der Berichtswoche Neurediskontierungen in Höhe von 17,5 Millionen R.-M. erfolgten, wodurch sich der Gesamtbetrag der verbrieflichen Wechsel auf 1.324,8 Millionen R.-M. erhöhte. Der Zahlungsmittelumsatz erhöhte sich ebenfalls eine weitere Einengung; an Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen strömten 214,3 Millionen R.-M. in die Kassen der Bank zurück, und zwar nahm der Umlauf an Reichsbanknoten um 143,2 Millionen auf 2.419,9 Millionen R.-M. ab und der Umlauf an Rentenbanknoten um 71,1 Millionen auf 129,8 Millionen R.-M. wuchs. Die Bestände der Reichsbank an solchen Scheinen auf 200,6 Millionen R.-M. erhöhten. Die fremden Gelder zeigen eine Zunahme um 107,3 Millionen auf 872,6 Millionen R.-M. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen sind mit 1.739,6 Millionen R.-M. ausgewiesen; sie zeigen also eine Steigerung um 65,5 Millionen R.-M.; von dieser entfallen 51,6 Millionen R.-M. auf die Goldbestände, die durch Umwandlung von Devisen auf 1.927,3 Millionen R.-M. anwuchsen, und 13,9 Millionen R.-M. auf die Bestände an deckungsfähigen Devisen, die sich somit auf 432,4 Millionen R.-M. stellten. Die Deckung der Noten durch Gold allein besserte sich von 49 pCt. in der Vorwoche auf 54,5 pCt., die Deckung durch Gold und deckungsfähige Devisen von 65,3 pCt. auf 71,9 pCt.

Analyse des Reichsbankausweises.

Geldbewegung in der Woche vom 7. bis 15. Februar in Tausend Reichsmark.

Geldfluss durch Gewährung von Lombardkrediten	+ 1.418
Geldfluss durch Wechselrückzahlungen (und durch Gewinn)	+ 17.833
Geldfluss durch Effektkäufe der Reichsbank	+ 14.737
Geldfluss durch Devisenverkauf der Reichsbank (und durch Gewinn)	+ 1.418
Geldfluss durch Unkosten	- 226
Summe des Geldzuflusses	+ 223.607
Geldfluss in Form von Reichsbanknoten	+ 143.197
Geldfluss in Form von Rentenbanknoten	+ 71.100
Geldfluss in Form von Noten anderer Notenbanken	+ 6.599
Geldfluss in Form von Scheckmünzen	+ 7.444
Summe des Geldzuflusses	+ 228.307

In der analysierten Tabelle der Geldbewegung für die Woche vom 7. bis 15. Februar ist der Geldzufluss durch Wechselrückzahlungen seitens der Wirtschaft mit 73.118.000 R.-M. ausgewiesen, indem im Reichsbankausweis der „Wechselbestand“ um 90.585.000 R.-M. erniedrigt erscheint, hiervon jedoch für 17.467.000 R.-M. Wechsel an öffentliche Stellen weitergegeben wurden. Die „Täglich fälligen Verbindlichkeiten“ erscheinen im Reichsbankausweis um 107.310.000 R.-M. erhöht, die „Sonstigen Passiva“ um 34.463.000 R.-M. Die beiden Posten zusammen ergeben den Geldzufluss durch Wechsel und Geldzuflüsse durch Gewinne) um 141.775.000 R.-M. An Gewinnen liefen nach unserer Schätzung 3,0 Millionen R.-M. ein, so dass die reinen Girozuflüsse 138,8 Millionen R.-M. betragen dürften. Die „Sonstigen Aktiva“ erscheinen im Reichsbankausweis um 5.097.000 R.-M. erhöht. Nach Ausscheiden von 71,1 Millionen R.-M. Rentenbanknoten, die in den Kassen der Reichsbank verblieben, und 129,8 Millionen R.-M. „Sonstigen Aktiva“ um 60.000 R.-M. die einen Abfluss von „Nicht ausgewiesenen Devisen“ bedeuten dürfte und (wie auch im offiziellen Text erwähnt) zum Ankauf von Gold bzw. Überweisung an die „Deckungsfähigen Devisen“ stattgefunden hat. Die drei Posten „Nicht ausgewiesene Devisen“, „Gold“ und „Deckungsfähige Devisen“ zusammengefasst, ergeben sich per Saldo sehr kleine Veränderungen in den Deckungsfähigen Devisen. Der Geldzufluss durch Verkauf der Reichsbank (und Geldabfluss durch Unkosten) in Höhe von 526.000 R.-M. Die Unkosten betragen nach unserer Schätzung 1 Million R.-M., so dass wir die reinen Devisenverkäufe der Reichsbank auf 1,5 Millionen R.-M. schätzen. Die in der letzten Analyse bereits erwähnte Tendenz zur Mehrbeanspruchung der Reichsbank hat sich weiter fortgesetzt. Die Zunahme der Geldzuflüsse war nämlich wieder nicht so gross, wie in der entsprechenden Woche des Vormonats (228 Millionen R.-M. gegenüber 307 Millionen R.-M.). Wenn die folgende Tabelle dennoch eine Erleichterung von 86 Millionen R.-M. gegenüber dem Vormonat zeigt, so ist dies nur auf die abnorm grossen Geldzuflüsse in der dritten Januarwoche zurückzuführen. Es wird nicht, wie gesagt, eine Tendenz zur Mehrbeanspruchung der Reichsbank zu verzeichnen. Dies, sowie auch die Devisenbewegung bei der Reichsbank deutet auf eine (auch am Markt allmählich sichtbar werdende) Tendenz zur Gesundung des Geldmarktes hin.

Geldbewegung im Monat vom 10. Januar bis 15. Februar in Tausend Reichsmark.

Geldfluss durch Gewährung von Lombardkrediten	+ 1.418
Geldfluss durch Wechselrückzahlungen (und durch Gewinn)	+ 17.833
Geldfluss durch Effektkäufe der Reichsbank	+ 14.737
Geldfluss durch Devisenverkauf der Reichsbank (und durch Gewinn)	+ 1.418
Geldfluss durch Unkosten	- 226
Summe des Geldzuflusses	+ 223.607
Geldfluss in Form von Reichsbanknoten	+ 143.197
Geldfluss in Form von Rentenbanknoten	+ 71.100
Geldfluss in Form von Noten anderer Notenbanken	+ 6.599
Geldfluss in Form von Scheckmünzen	+ 7.444
Summe des Geldzuflusses	+ 228.307

Geldbewegung im Quartal von Medio November 1925 bis Medio Februar 1926.

Geldfluss durch Rückzahlung von Lombardkrediten	+ 564
Geldfluss durch Wechselrückzahlungen (und durch Gewinn)	+ 167.833
Geldfluss durch Giroeinzahlungen (und durch Gewinn)	+ 364.928
Geldfluss durch Effektkäufe der Reichsbank	+ 13.170
Geldfluss durch Devisenverkauf der Reichsbank (und durch Gewinn)	+ 1.418
Geldfluss durch Unkosten	- 226
Summe des Geldzuflusses	+ 530.905
Geldfluss in Form von Reichsbanknoten	+ 158.923
Geldfluss in Form von Rentenbanknoten	+ 93.300
Geldfluss in Form von Noten anderer Notenbanken	+ 1.758
Geldfluss in Form von Scheckmünzen	+ 25.920
Summe des Geldzuflusses	+ 260.453

Im Monat vom 10. Januar bis 15. Februar waren Girozuflüsse (und Geldzuflüsse durch Gewinne) in Höhe von 88.777.000 R.-M. zu verzeichnen. An Gewinnen liefen nach unserer Schätzung 3,0 Millionen R.-M. ein, so dass die reinen Girozuflüsse in Höhe von 12,3 Millionen R.-M. verblieben dürften. Die Devisenverkäufe der

Reichsbank (und der Geldabfluss durch Unkosten) betragen nach unserer Tabelle 215.887.000 R.-M. An Unkosten wurden nach unserer Schätzung 2 Millionen R.-M. ausbezahlt, so dass sich die reinen Devisenverkäufe der Reichsbank schätzungsweise auf 209,9 Millionen R.-M. stellen dürften.

Im Quartal von Medio November 1925 bis Medio Februar 1926 waren Girozuflüsse (und Geldzuflüsse durch Gewinne) in Höhe von 364.928.000 R.-M. zu verzeichnen. An Gewinnen liefen nach unserer Schätzung 12,3 Millionen R.-M. ein, so dass die reinen Girozuflüsse in Höhe von 25,6 Millionen R.-M. verblieben dürften. Die Devisenverkäufe der Reichsbank (und der Geldabfluss durch Unkosten) betragen nach unserer Tabelle 215.887.000 R.-M. An Unkosten wurden nach unserer Schätzung 2 Millionen R.-M. ausbezahlt, so dass sich die reinen Devisenverkäufe der Reichsbank schätzungsweise auf 199,9 Millionen R.-M. stellen dürften. Aus der letzteren Tabelle kann man auf die Tendenz der Geldbewegung im vergangenen Quartal wertvolle Schlüsse ziehen. Man sieht, dass im Zusammenhang mit der zunehmenden Geldflüssigkeit das Wechselkonto um 200 Millionen R.-M. d. h. um 18 pCt. angewachsen hat, und das Girokonto um 364 Millionen R.-M. angewachsen ist; dies bedeutet Geldrückfluss in Höhe von 660 Millionen R.-M. die nur zum Teil durch die Geldabflüsse infolge der Devisenverkäufe und der Abnahme der Wechselkonten kompensiert wurden. Die Zurückgabe der reditierten Wechsel seitens der öffentlichen Stellen an die Reichsbank dürfte auf die zunehmende Illiquidierung der öffentlichen Anstalten zurückzuführen sein.

Arbeitslose und Kurzarbeiter in Fachverbänden im Monat Januar.

Verband	Zahl der Mitglieder, über berichtet	Arbeitslose Mitglieder	in %	Kurzarbeiter Gesamtzahl	in %
Baugewerksbund	318.887	163.374	51,2	128	—
Bekleidungsarbeiter	79.068	29.221	37,0	35.785	44,8
Buchdrucker	53.180	10.328	19,4	10.328	19,4
Fabrikarbeiter	23.428	4.355	18,6	2.400	10,3
Gemeinde- u. Staatsarbeiter	328.927	63.879	19,4	16.554	5,0
Grafiker	174.524	4.135	2,3	595	—
Grubenarbeiter	34.983	3.363	9,6	3.549	10,1
Heimtextilarbeiter	291.075	94.021	32,3	71.194	24,4
Lebensmittelarbeiter	66.728	10.328	15,5	20.549	30,7
Lehrer	42.973	4.355	10,1	17.909	41,7
Malerei	37.107	14.507	39,1	1.736	4,7
Maschinenisten	42.947	8.387	19,3	1.036	2,4
Metallarbeiter	75.717	14.935	19,7	245.394	32,7
Nahrungsmittelarbeiter	35.476	10.282	29,0	9.681	27,3
Porzellanarbeiter	44.070	8.387	18,8	3.271	7,4
Seidenarbeiter	10.980	10.980	100,0	34,8	—
Schuhmacher	74.025	27.385	37,0	34.707	46,8
Steinarbeiter	29.673	7.019	23,7	4.465	15,0
Textilarbeiter	34.163	12.082	35,4	20.549	60,2
Verkehrsbund	307.024	40.310	13,1	142.257	46,1
	248.488	25.107	10,1	12.927	5,2

Nach der vom ADGB veröffentlichten Übersicht über den Beschäftigungsgrad in den Fachverbänden ist für den Monat Januar ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu verzeichnen. Wenn auch die Arbeitslosigkeit nur zum Teil auf die Verengung des Arbeitsmarktes zurückzuführen ist, so ist doch die Beschäftigung in verschiedenen Verbänden geradezu tröstlos. Sind doch in zahlreichen Verbänden bis zu 75 v. H. der arbeitenden Mitglieder Arbeitslos. Ist dieser hohe Prozentsatz durch die ungünstige Jahreszeit zu erklären, so zeigen die hohen Ziffern der anderen Verbände um so mehr, dass die Arbeitslosigkeit nicht nur ein vorübergehendes Phänomen ist. Die Arbeitslosigkeit ist in der Tat ein chronisches Übel. Bei der Betrachtung der Kurzarbeiterzahlen ergibt sich ein noch traurigeres Bild. Der Textilarbeiterverband verzeichnet fast die Hälfte der berichtenden Mitglieder als Kurzarbeiter, der 62 v. H. Kurzarbeiter ausweist. Die Kurzarbeiterzahlen haben überhaupt bei allen Verbänden stark zugenommen, zum Teil haben sie sich im Laufe eines Monats verdoppelt. Angesichts der sehr düsteren Aussichten, pflegt doch eine Zunahme der Kurzarbeit im allgemeinen auch eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit im Gefolge zu haben.

Das Reichswirtschaftsministerium gegen Preisübersteigerungen und Teuerung in der Textilindustrie.

Die Preispolitik der Verbände der Textilveredlungsindustrie und die Handhabung der Schutzkonten (Teuerung) Bestimmungen durch sie ist von anderen Gruppen der Textilindustrie vielfach als unbillig bezeichnet und mehrfach auch in der Presse angegriffen worden. Besonders lebhaft waren die Beschwerden über die Preisstellung der Konvention der Sächsisch-Thüringischen Färberei- und Webereibetriebe, die ebenfalls durch Preisübersteigerungen in Anspruch zu nehmen, für die Weber ausgeschlossen hatte. Nennbar haben Feststellungen des Reichswirtschaftsministeriums in einer Reihe von Betrieben, die diesem Verbände angeschlossen sind, den Nachweis erbracht, dass offenbar unter dem Schutze der Teuerungsbestimmungen der Verband in Preisübersteigerungen verfallen ist. Der Reichswirtschaftsminister hat darauf unter Androhung einer Klage auf Nichterfüllung der Preisbindung und des Schutzkontenkontos von dem Verbände die Aufhebung der Schutzkontenbestimmungen und eine Herabsetzung der Preise gefordert. Unmittelbar vor Absendung der Klage hat der Verband diesen Forderungen entsprochen. Die Aufhebung der Schutzkontenbestimmungen sind die Weber nunmehr in der Lage, bei günstigeren Bedingungen auch bei Ausscheiden des Verbandes ihre Aufträge auszuführen. Durch diese Wettbewerbsmöglichkeit dürften die Preisstellungen des Verbandes in Zukunft Schranken gezogen sein. Die Preisstellungen bei der Konvention Sächsisch-Thüringischer Färberei in Greiz und die aus ihnen gezogenen Folgerungen werden nicht ohne Rückwirkung auf die anderen Verbände der Textilveredlungsindustrie bleiben können, deren Zahl 35 beträgt.

Die Vorbereitungen eines internationalen Eisen- und Stahlverbands.

Die Eisen- und Stahlindustrie hat eine neue Bewegung stattgefunden, die sich mit der Vorbereitung eines internationalen Eisen- und Stahlverbands beschäftigt. Die Belgier haben sich auf dieser Sitzung zum ersten Male den Vertretern Deutschlands, Frankreichs und Luxemburgs sowie der Saargebiete angeschlossen. Die Sitzung beschäftigte sich vor allem mit der Festlegung des Saargebietes. Die Belgier sind der Meinung, dass die auf französische, belgische und luxemburgische Produzenten beschränkt war. Der Leiter der Sitzung erklärte, es handle sich vornehmlich darum, die Verkaufsmethode übereinstimmend zu gestalten und die Produkte zu klassifizieren. Die weiteren Verhandlungen sollen im Laufe des Monats in Paris aufgenommen werden.

Kartellstelle und Zahlungsschwierigkeiten.

Der Geschäftsführende Ausschuss der Kartellstelle des Reichsverbandes der Kartellfragen eröffnete einen Sitzung ab, in der wichtige Kartellfragen erörtert wurden. Einen grossen Teil der Aussprache nahmen die Zahlungsbedingungen und ihre gegenwärtige Handhabung ein. Dabei wurde festgestellt, dass im Laufe der letzten Wochen und Monate infolge der ausserordentlichen Zuspitzung der Wirtschaftslage eine schärfere Handhabung der Zahlungsbedingungen erforderlich sei. Die Kartellstellen sind zu beabsichtigen. Bezüglich des Eigentumsvorbehalts in Lieferungsverträgen wurde festgestellt, dass eine grundsätzliche Stellungnahme der Kartellstelle nicht möglich sei. Es soll den einzelnen Firmen und Industriezweigen überlassen bleiben, wie sie am besten ihre Forderungen sicherstellen. Auf Anregung der Hauptgemeinschaft der deutschen Einzelhändler empfiehlt der Reichsverband der deutschen Industrie eine Zusammenarbeit zwischen den Kartellstellen und Abnehmerverbänden im Falle von Zahlungsschwierigkeiten einzelner Firmen. Infolge der zunehmenden weltwirtschaftlichen Bedeutung der internationalen Kartellierung wurde beschlossen, einen Unter Ausschuss für internationale Kartellwesen einzusetzen. Ausserdem wurden verschiedene Einzelfragen über eine Zusammenarbeit im Geschäftsverkehr zwischen Industrie und Einzelhandel besprochen.

Die Vereinigten Chamottefabriken vorm. C. Kulm.

Die Vereinigten Chamottefabriken vorm. C. Kulm, G. m. b. H. in Saarau (Kreis Schwidnitz) teilen uns mit, dass sie in keiner Weise mit der augenblicklich unter Geschäftsaufsicht stehenden Firma C. Kulm, G. m. b. H. in Ida- und Marienhütte bei Saarau in Verbindung stehen. Die Vereinigten Chamottefabriken vorm. C. Kulm, G. m. b. H. in Saarau mit ihren Zweigbetriebsstätten in Marktredwitz (Bayern) und Halbstadt in Böhmen, sind ein vollständig selbständiges Unternehmen, an dem die Firma C. Kulm, G. m. b. H., Ida- und Marienhütte, in keiner Weise beteiligt ist.

Die Vereinigten Glasstofffabriken Elberfeld Akt.-Ges., die sich, wie bereits gemeldet, mit der englischen Fabrik C. Is. verbunden hat, beabsichtigt auf dem Kölner Industriegebiet in Hühlen ein neues grosses Werk zu errichten. In der gestrigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten sind die in Frage kommenden Verträge genehmigt worden.

Poppe & Wirth Akt.-Ges. in Berlin. Von seiten der Gesellschaftsleitung wird uns neue Information vom Mittwochabend bestätigt. Was die Kreditoren angeht, erfährt man bei dieser Gelegenheit, dass zwar Bankschulden vorhanden sind, dass ihre Höhe aber „durchaus normal“ sei, so wie es für ein kreditfähiges Unternehmen durch die Zeitumstände bedingt ist.

Hoffmann Schokolade Komm.-Ges. in Berlin. In der letzten Gläubigerversammlung der Gesellschaft stimmten die Gläubiger den Vorschlag der Verwaltung zu, wonach sie auf den Rest ihrer Forderungen verzichten, sofern sie 70 pCt. in einzelnen Quoten erhalten. Die erste Quote von 15 pCt. ist bereits ausbezahlt worden, die nächste wird in den kommenden 14 Tagen geleistet werden. Bezüglich des Verkaufs des Grundstücks samt den Fabrikanlagen stehen die Verhandlungen sehr günstig und werden ebenfalls in den bevorstehenden Tagen abgeschlossen werden. Die Gesellschaft soll sodann wie bereits früher mitgeteilt, in Liquidation. Die Anteile an der Hoffmann-Schokolade-Automaten G. m. b. H. sind abgestossen worden. Die Firma hat sich neu konstituiert und firmiert jetzt Automaten Strauss G. m. b. H. in Berlin; der Gegenstand des Unternehmens — Automatenbetrieb auf Bahnhöfen usw. — bleibt der selbe.

Wertpapierumschlüssen an der Berliner Börse im Januar 1926. Im Monat Januar 1926 wurden an der Berliner Börse Wertpapiere im Gesamtwert von 94.929.890 R.-M. zugelassen. In Industriekredit wurden insgesamt 469.324.000 R.-M. (darunter die Aktien der I. G. Farbenindustrie Akt.-Ges. im Betrage von 455.600.000 R.-M.) und an Schuldverschreibungen (nach Sachwert) 2.695.890 R.-M. zugelassen. In der Wertpapierumschlagung sind die Umsätze im Handel und zur Notierung an der Berliner Wertpapierbörse zugelassen.

Die Exportkrise der deutschen Uhrenindustrie. Vom Wirtschaftsverband der Deutschen Uhrenindustrie E. V. wird mitgeteilt: Wenn auch festgestellt werden kann, dass der Export der deutschen Uhrenindustrie im vergangenen Jahre die Friedensausfuhr erreicht hat, so muss trotzdem das Bestehen einer Exportkrise festgestellt werden, da die Produktionsbasis wesentlich vermindert worden ist. Ein besonders harter Schlag, dessen Auswirkungen sich erst später ganz übersehen lassen werden, ist die Abnahme der englischen Uhren in England, da nach England 20 bis 25 pCt. der gesamten deutschen Uhrenproduktion abgesetzt wurden. Die Steigerung des englischen Absatzes hat wesentlich zu der herrschenden Krise beigetragen. Der amerikanische Markt, der früher ein gutes Absatzgebiet darstellte, ist durch die prohibitiv wirkenden Zölle völlig verschlossen. Ausserdem hat die deutsche Uhrenindustrie stark mit der französischen und italienischen Konkurrenz anzukämpfen, die durch die in beiden Ländern herrschende Inflation begünstigt wird. Die Tatsache, dass die Schweizer Regierung sich mit besonderen Unterstützungsmassnahmen für die dortige Uhrenindustrie beschäftigt, ist ein Beweis dafür, wie krisenhaft auch in der Schweiz die Lage ist. — Eine wesentliche Erleichterung ihrer Lage würde die deutsche Uhrenindustrie darin sehen, wenn es gelänge, bei den Handelsverhandlungen für die deutsche Uhrenindustrie günstigere Zölle zu aushandeln. Die Erfahrungen, die bei den bisherigen Verhandlungen gemacht worden sind, sind leider wenig ermutigend.

Englische Kredite für Letland. Die Lettische Bank bekommt in England einen Kredit von 500.000 Pfund Sterling unter besonders günstigen Bedingungen. Dazu wird eine Garantieleistung und ohne Angabe des Verbrauchszweckes eine Anzahl in derartiger Höhe. Die Angelegenheit wurde in Letland während der Anwesenheit des Direktors der Lettischen Bank in London, E. J. Zilberstein, zur Zinssatz wurde auf 7 pCt. festgelegt. Wie wir hören, wird das Geld nicht für laufende Bankoperationen verwandt werden, sondern als Reservefonds für unvorhergesehene Fälle, wie zum Beispiel bei grösserem Abfluss fremder Valuten ins Ausland, gebraucht werden.

Im Prozess der International Culp and Chemical Comp. Ltd., die als Holding-Gesellschaft der Kobyol Akt.-Ges. gegründet wurde, wird nach einem Drahtbericht unseres Londoner Wirtschaftskorrespondenten über diese deutsche Gesellschaft unter anderem folgendes ausgeführt: Die Erparnisse, die die Kobyol Akt.-Ges. durch die Verkaufsförderung der Stille-Konzern im Sommer 1925 gemacht hat, betragen ca. 200.000 £ pro Monat. Fast die ganze Produktion des Jahres 1925 ist bereits verkauft und man erwartet für dieses Jahr eine Steigerung des Reingewinns auf 5 bis 5 1/2 Millionen £ gegen 3,3 Millionen £ im Jahre 1925. Die englische Gesellschaft besitzt ca. 99 1/2 pCt. der Kobyol-Aktien.

Tendenz der Auslandsmärkte.

Telegramme unserer Auslandskorrespondenten.

London, 18. Februar.

Geldmarkt: Trotz weiterer Steigerungen war der Londoner Geldmarkt ruhig. Der Diskontsatz blieb bei 3 pCt. Die Bank of England hat den Zinssatz auf 3 pCt. festgelegt. Die Bank of England hat den Zinssatz auf 3 pCt. festgelegt. Die Bank of England hat den Zinssatz auf 3 pCt. festgelegt.

Wollmarkt: Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar.

Wollmarkt: Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar.

Wollmarkt: Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar.

Wollmarkt: Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar.

Wollmarkt: Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar.

Wollmarkt: Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar.

Wollmarkt: Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar. Die Wollpreise sind in London um 1/4 pCt. niedriger als im Januar.

auf nach vorübergehender Erholung schwach bis zum Schluss.

[illegible]